

# Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.  
Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands  
sowie der  
Central-Frankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkaturen Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Worstellungspreis pro Quartal M. 1 (ohne Bestellung),  
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber: Joh. Stanting, verantwortl. Redakteur; F. Baeplow,  
beide in Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 5, Brennerstr. 11, 1. Et.

Berichts-Anzeigen  
für die dreigesparte Petzelle oder deren Raum 80 A.  
Zeitungs-Breitseite Nr. 8888.

Inhalt: Komödie in Frankfurt. — Maurerbewegung:  
Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Zur Lohn-  
bewegung in Spandau. Versammlungen und sonstige Bewegung.  
— vom Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Submissions etc. — Aus-  
Unternehmertreinen. — Polizei und Gerichte. — Eingegangene  
Schäden. — Briefstufen. — Streitabrechnungen. — Central-  
verband der Maurer. — Central-Frankenkasse. — Anzeigen.

die Tagesordnung festgestellt. Die Einberüser brama-  
basierten in ihrem Aufrufe: „Wir wollen in einer  
machtvollen Kundgebung beweisen, daß Hunderttausende  
von organisierten deutschen Arbeitern und Gehülschen  
die treu zu Kaiser und Reich, zu Fürst und Land  
stehen, in geschlossener Einheit sich zusammenfinden, um  
die vorstehenden Forderungen bei den Regierungen des  
Reichs und der Einzelstaaten geltend zu machen.“

Sehen wir uns diese „machtvolle Kundgebung“,  
worüber die Tagespresse eingehende Berichte gebracht  
hat, an.

Mit naiver Unmaßlichkeit, die dem Geiste der christ-  
lichen Demagogie durchaus entspricht, bezeichnete man  
den Kongress als „ersten deutschen Arbeiterkongress“!  
Die Berichte sprachen von 200 Delegierten, welche an-  
geblich 620 000 Arbeiter vertreten. Es hat sich gut  
gefügt, daß wir unmittelbar vorher in einer Reihe von  
Artikeln die christlichen Arbeiterorganisationen kritischi-  
sehnen und ihren wahren Charakter nachweisen.  
Unsere jetzigen Ausführungen bestätigen das Urteil, das  
wir über diese Art von Arbeiterorganisationen gefällt  
haben, durchaus. Der Kongress ist als eine anti-  
sozialdemokratische Komödie verlaufen.

Herr Adam Stegerwald-Cöln, der Sekretär des  
Gefanthverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutsch-  
lands, eröffnete die Verhandlungen mit einem abfuhr-  
driß auf die Sozialdemokratie. Er nahm für die  
dort vertretenen Arbeiter den Standpunkt in Anspruch,  
daß sie „die heutige Monarchie dem Zukunfts-  
staat vorzieben“. Was „monarchische“ Gesinnung“  
und blöde Faschist über den „Zukunftsstaat“ mit den  
Aufgaben zu tun haben, die dem Kongress gestellt waren,  
ist uns unerklärlich. Mindestens steht die Praxis des  
Aufrufs der „monarchischen“ Gesinnung in scharem  
Widerspruch mit der weiteren Erklärung des Herrn Ste-  
gerwald: es werde beweckt, „daß christliche Arbeiterschaft  
zur Selbstständigkeit zu erziehen und sie zu ver-  
anlassen, ihre Geschicke in die eigenen Hände zu  
nehmen“. Deshalb hatten die Einberüser beschlossen,  
daß nur Arbeiter stimmberechtigt sein sollten. Die  
Erziehung zur Selbstständigkeit des Handelns setzt  
Selbstständigkeit des Denkens voraus, und diese  
hinviederum Freiheit des Denkens. Über von Frei-  
heit des Denkens kann da nicht die Rede sein, wo es  
heißt: an Kirchliche Dogmen mußt du glauben  
und monarchische Gesinnung mußt du haben,  
zur Kirche und zur Monarchie mußt du dich befreien,  
sonst erkennen wir dich nicht an. Wer Herr seines  
eigenen Geschicks sein und bleiben will, der muß  
selbstständig denken und handeln können in jeder Be-  
ziehung. Die Herren in Frankfurt haben einen sehr  
charakteristischen Anfang mit der „Erziehung des  
Arbeiters zur Selbstständigkeit“ gemacht, indem sie, das  
Beispiel maßgebender Byzantinerischen nachahmend,  
ein Huldigungstrogramm an den Kaiser richteten.  
Wie weit sie noch entfernt sind davon, selbstständig  
zu denken, hat sich in geradezu drastischer Weise  
gezeigt.

Erstattete zu zunächst der Verbandssekretär Schiffer-  
Krebs ein Referat über das Koalitionsrecht. Nach  
dem Beispiel der Wörterführer vom Zentrum betonte er  
pathetisch die „Notwendigkeit des Koalitions-  
rechts“. Aber genau wie jene Demagogen weiß er  
zu schmerzen. Wohlbräuchen dieses Rechts durch  
Arbeiter — natürlich sozialdemokratische Arbeiter! —  
zu sprechen; er hält bei dem Ausbau des Koalitions-  
rechts „nach der positiven Seite“ Strafbestimmungen  
im Sinne des § 153 angeführt des „sozialdemo-  
kratischen Terrorismus“ für erforderlich; als „Er-  
gänzung“ müßte es aber auch Strafbestimmungen gegen  
solche Arbeitgeber, welche die Koalitionsfreiheit  
beschränken, geben. Wenn Herr Schiffer klipp und

klar gesagt hätte: „Ich behalte mich zu der Zuchthausgesetzvorlage vom Jahre 1899“, so würde  
er seine Sache „weit besser“ gemacht haben, denn was  
er da verlangt, hat diese Vorlage ja schaffen wollen.  
Auch in ihr waren neben den Strafbestimmungen gegen  
die Arbeiter, solche gegen die Unternehmer vorgesehen.  
Aber es stand fest, daß diese „Gleichstellung“ nur ein  
Schein war, daß die ganze Schwere des Gesetzes nur  
gegen die Arbeiter sich richten sollte.

Herr Schiffer wurde übertrumpft von Herrn Kloos,  
Vertreter des Berliner katholischen Arbeiterverbands.  
Dieser Mann war offen genug — seine Freunde werden  
vielleicht sagen dumm-ehrlich genug —, den realisti-  
schen Geist, der hinter der ganzen Veranlagung lauerte,  
recht drastisch zu bekennen. Er wandte sich entschieden  
dagegen, ein wirklich freies, uneingeschränktes  
Koalitionsrecht für die Arbeiter zu fordern. Mit  
dem dem Fanatismus, wie man ihn bei den Scharf-  
mäichern im Lager der Industriellen und Justiz seit  
Jahren gewohnt ist, verklundet dieser Mann, der sich  
„Arbeiter“-Vertreter nennt: Eine Strafe für die-  
jenigen, die auf Arbeitswillige einwirken, sei  
durchaus gerechtfertigt. Wer Streitposten steht, muß  
auch einem unvernünftigen Befehl des Schutzmannes  
Folge leisten. Es könne scheinen, als ob er dem  
Verkehr am Wege stehe, und dann sei der Schutzmann  
im Recht, wenn er den Streitposten wegweilt.  
Und das berüchtigte Wort des ehemaligen preußischen  
Polizeiministers Puttkamer, daß „hinter jedem  
Streit die Hydra der Revolution lauert“, erklärte  
Herr Kloos dahin: Der Streit kann zur Empörung,  
zum Aufruhr führen!!! — Vollenbs bei Eisenbahnhänen,  
deren Streit den ganzen Staatsbetrieb lahmlegen würde,  
sei eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit angebracht,  
ebenso bei Postbediensteten, Vanbarbeitern, Schiffs-  
arbeiten u. w.

Das wagte ein Vertreter „christlicher“ Arbeiter zu  
sagen, die Schulter an Schulter mit den Sozial-  
demokraten vor vier Jahren die Zuchthausgesetz-  
vorlage bekämpft und freies Koalitionsrecht ge-  
fordert haben!

Allerdings blieben diese unerhörten Neuerungen  
nicht unwiderrprochen. Einer der folgenden Redner,  
Becker-Hagen, meinte sarkastisch: man könne sich bei  
solchen Reden in die Generalversammlung des Central-  
verbandes deutscher Industrieller versetzen glauben.  
Und Herr Schirmer-München vom bayerischen Staats-  
arbeiterverband erklärte: Für die Einschränkungen  
würden schon die Scharfmacher sorgen.

Es lag folgende Resolution des Referenten vor:  
„Die berufliche Organisation der Lohn-  
arbeiter ist das einzige wichtigste und deshalb unerlässlich  
notwendige Mittel, um eine gerechte Regelung der Lohn-  
und Arbeitsverhältnisse auf Grund des freien Arbeits-  
vertrages zu erzielen, eine gebedürftige Entwicklung des  
nationalen Wirtschafts- und Gesellschaftslebens zu fördern  
und dauernd geordnete Verhältnisse zwischen Arbeitern und  
Arbeitgebern auf dem Boden der anerkannten Gleichberechtigung  
beiderlicher Organisationen anzubahnen und in  
Ewigigkeit einzufügen, fortzuhalten. Von dieser  
Überzeugung durchdrungen, fordert die Veranlagung aller  
unorganisierten deutschen Arbeiter auf zum Beitritt zu jenen  
gewerkschaftlichen Organisationen, die nicht auf dem Boden  
des Klassenkampfes stehen. Sie fordert von der Gesetz-  
gebung:

1. Sicherung und Erweiterung des Koalitionsrechtes, und zwar:  
a) der § 153 der Reichs-Gewerbeordnung soll nicht nur  
auf Erfüllung befreier, sondern auch auf die Erhöhung  
befreiernder Lohns- und Arbeitsverhältnisse An-  
wendung finden;  
b) der § 153 der Reichs-Gewerbeordnung soll dahin er-  
weitert werden, daß nicht allein der Missbrauch des  
Koalitionsrechtes unter Strafe gestellt wird, sondern  
auch die Verhinderung an legitimen Gebrauch.

2. Schaffung eines einheitlichen und fre-  
heitlichen Vereins- und Versammlungs-

## Komödie in Frankfurt.

Der vor längerer Zeit angekündigte „Kongress  
nichtsozialistischer deutscher Arbeiterverbände“  
hat am 25. und 26. Oktober in Frankfurt a. M.  
stattgefunden. Die Einladung dazu ging von Beamten  
einer Reihe sogenannter „christlicher“ Gewerkschaften  
(katholischer und evangelischer) aus; sie war gerichtet  
an „sämtliche christlichen, nationalen und unabhängigen  
Berufsorganisationen“. In der Einladung war gesagt,  
daß es sich handle um die Errangung „ungehindelter  
Ausübung des Koalitionsrechtes innerhalb der  
Schranken des christlichen Sittengesetzes, des ge-  
meinen Rechts und der öffentlichen Wohlfahrt“, sowie  
um die Propaganda „für den weiteren geselligen Aus-  
bau des Koalitionsrechtes, die Verleihung der Rechts-  
fähigkeit an die Berufsvereine und möglichst baldige  
Einführung der Arbeitskammern“. Dementsprechend war

rechts für das ganze Reich an Stelle der einzelfeindlichen Vereinigung, worin alle das Koalitionsrecht und die Tätigkeit des Verlustvereine einengenden Bestimmungen der Vereinigung befehligen sind. Im besondern soll allen Vereinen, die auf Grund des § 152 der Gewerbeordnung gebildet sind (Arbeitervereine, Gewerkschaften), sowie allen sonstigen zur Wahrung der Verlustinteressen gegründeten Vereinen gestattet werden, ihre Tätigkeit auf die allgemeine Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen des Gewerbes, namentlich auch durch Förderung der Gesetze geben zu ausüben, ohne dadurch den Bestimmungen der einzelfeindlichen Verhandlungen unterworfen zu sein. Auch den Frauen ist die Teilnahme und Mitwirkung an sozialpolitischen Vereinigungen und Verhandlungen zu ermöglichen.

8. Verleihung der Geschäftsfähigkeit an die Zweckvereine zur Sicherstellung ihrer Vermögensrechte ohne Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit.

Von mehreren Seiten war eine Abschwächung dieser Resolution beantragt, die jedoch unverändert Annahme fand. Wirklich selbständig denkende Arbeiter, welche die Bedeutung, den Wert, die Notwendigkeit des freien Koalitionsrechts erkannt haben und von gleicher Erkenntnis sich leiten lassen, würden ihre berechtigten Forderungen an die Gesetzgebung anders zum Ausdruck gebracht haben, wie es übrigens ihrerseits schon so oft geschehen ist. Wenn aber die „christlichen“ Arbeiter wünschen, daß die berufliche Organisation der Arbeiter das einzige Mittel ist, dem berechtigten Interesse der Arbeit gegenüber dem Unternehmertum Gestaltung zu verschaffen — so stellen sie sich damit, wenn sie diese Einsicht ehrlich und energisch betätigen wollen — anders dar als sie keinen Wert — auf den Boden des Klassenkampfes. Denn Klasseninteressen sind es, die den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ausmachen, und Klassenkampf ist es, wenn die Mehrheit der Arbeiterorganisationen der Macht des Kapitals, die durchaus klassenmäßig organisiert ist im deutschen Arbeitgeberverband etc., entgegtritt. Also ist es absurd, den Klassenkampf zu negieren. Sehen denn die christlichen Arbeiter wirklich nicht ein, daß ja gerade und in erster Linie der Kampf für das Koalitionsrecht, der gegenüber den Unterdrückungspraktiken und Bestrebungen der herrschenden Klassen und den mit ihnen verbündeten reaktionären Gewalten ein Klassenkampf in dem Sinne ernstester und entschärfender Bedeutung ist? Für die Gewährung eines erweiterten und gesetzlich gesicherten Koalitionsrechts, an die Arbeiterklasse kämpfen, die berufliche Organisation für die Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen in Anspruch nehmen — und nicht auf dem Boden des Klassenkampfes stehen wollen, das ist — Verzerrung, wir finden keinen zutreffenderen Ausdruck — Verzerrtheit, die aus gänzlicher Verkenntnis des Begriffes „Klassenkampf“ resultiert. Dieses Wort besagt, daß sich die Interessen zweier Klassen, der Arbeiter und der Unternehmer, gegenüberstehen. Der christliche Arbeiter, der töricht genug wäre, das zu bestreiten, würde damit jede Berechtigung der Arbeiter, dem Unternehmertum Forderungen zu stellen, verneinen. Muß aber der Gegensatz der Klasseninteressen zugegeben werden, so muß notwendigerweise auch anerkannt werden, daß der Kampf, der mit Notwendigkeit aus dem Gesternmachen der gegenwärtigen Interessen resultiert, ein Klassenkampf ist, resp. sich im Rahmen des Klassenkampfes vollzieht.

Eine Ahnung wenigstens, daß dem so ist, kommt in einer angenommenen Resolution zum Ausdruck. Da heißt es:

„Die Versammlung erblieb in paritätischen Arbeitssämmern a) ein wichtiges Mittel, der Verschärfung der Klassengegensätze und der damit verbundenen wachsenden Verhinderung und Entstehung von Arbeitern und Arbeitgeber Einhalt zu tun durch Beratung und Verständigung über gemeinsame Angelegenheiten, insbesondere aus dem Arbeitsverhältnis;

b) die Rechte und Interessen der Arbeiter schützen und zu fördern und so den Arbeitervstand in seinem Schreiben, eine größere Anteilnahme an den geistigen und materiellen Gütern der Kultur zu erlangen, wissentlich zu unterstützen.“

Es ist deshalb die Schaffung solcher Arbeitssämmern als eine der nächsten und wichtigsten Aufgaben der deutschen Sozialpolitik anzusehen. In diesem Sinne eracht die Versammlung die Regierung und die Volksvertreter in den Parlamenten, baldmöglichst die geeigneten Schritte zur Verwirklichung der Arbeitssämmern einzuleiten und verpflichtet die Teilnehmer des Kongresses, für diesen Gedanken in ihren Korporationen lebhafte Propaganda zu machen.“

Also hier geht man von der ausdrücklichen Erklärung aus, daß es Klassengegensätze gibt und daß die Gefahr ihrer Verschärfung besteht. Vom Standpunkt ihrer Klasseninteressen beurteilen die „christlichen“ Arbeiter hier ganz offen die Arbeitssämmern, wobei es völlig belanglos ist, daß sie meinen, mit derartigen Einrichtungen lasse sich den Klassengegensätzen begegnen.

Was haben die „christlichen“, „nationalen“, „königstreuen“ Männer in Frankfurt denn nun eigentlich gefordert? Die Befürdung ihrer christlichen, nationalen, monarchischen „Gesinnung“ hat für die deutsche Arbeiterklasse nicht den geringsten Wert; denn von solcher Gesinnung ist die Gestaltung des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit nicht abhängig. Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung geht ihren Weg unabhängig davon, ob Arbeiter zur Kirche und zum monarchischen System sich bekehren oder nicht. Wie jene „Arbeitervertreter“ in Frankfurt, so brüsten auch die Unternehmer sich als Bewohner des Christentums und der Monarchie, als „Patrioten“. Aber hat das verhindert, daß sie, sei es nun gewissenlos und frivol oder unter dem Zwange der Beziehungen, Ungerechtigkeiten gegen die Arbeiter begehen und die Arbeiter zum Kampf zwingen?

Die politische Demonstration des Frankfurter Kongresses wird auf vernünftig urteilende Arbeiter keinen Eindruck machen. Und die sachlichen Verhandlungen und Beschlüsse? Seit Jahrzehnten kämpft die sozialdemokratische Arbeiterschaft unablässig und energisch für das unbeschränkte, wahrhaft freie Koalitionsrecht; für seine Ausdehnung auf alle Arbeiter; für ein gründliches und umfassendes Arbeiterschutzgesetz; für Arbeitskammern usw. In der Session des Reichstages hat die sozialdemokratische Fraktion diesbezügliche Anträge gestellt. Und in besonders wichtigen Fällen, wie bei der Buchausgabe vorlage, haben „christliche“ Arbeiter die bösen Sozialdemokraten im Kampf gegen die Vergewaltigung des Rechts der Arbeiter unterstützt. Und jetzt kommt ein Kongress „christlicher“ Arbeiterorganisationen, spielt eine ordnungspolitische Komödie gegen die Sozialdemokraten, um — man staune! — abzugehen von dem demagogischen Unsinne — in denbar schauderhafter Weise etwas zu sagen, das für jeden selbständigen denkenden Arbeiter längst selbstverständlich ist — und zwar zu sagen im erklärten Gegensatz zu der Sozialdemokratie, die das Zeugnis in Anspruch nehmen darf, allein für die Rechte und Freiheiten der Arbeiterklasse, ohne Rücksicht auf die überzeugenderen politischen und religiösen Überzeugungen eingetreten zu sein!

Und das soll eine „machtvolle“ Kundgebung sein! Eine Kundgebung, die in erster Linie den tollen Grundsatz proklamiert, daß die Schelbung der Arbeiter im wirtschaftlichen Kampfe durch „Christentum“ und „monarchische Gesinnung“ geboten sei!

Diese Kundgebung wird ihre Früchte tragen, aber wahrlich nicht zu Gunsten der „frümmen“ und „patriotischen“ Demagogen. Sie wird aber christlichen Arbeitern die Augen öffnen.

## Maurerbewegung. Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

In Solingen ist es im Laufe der vergangenen Woche wiederum zu Verhandlungen mit den Unternehmern gekommen, und zwar durch Vermittlung des Oberbürgermeisters. Eine unter dem Vorste des Bürgermeisters tagende Kommission einigte sich darin, daß es in erzug auf den Lohn wieder höchst noch Mindestlohn herleite solle, sondern die Vereinbarung solle einfach lauten: Der Lohn beträgt für Maurer 47,- und vom 1. April 1904 ab 50,- pro Stunde. Über diesen Vorschlag der Kommission sollten die Unternehmern am Donnerstag Bescheid fassen. Die Unternehmern haben aber dieser Fassung nicht zugestimmt, vielmehr beschlossen, die angebotenen Lohnsätze nur als Basis in den Lohn gelten zu lassen. Die Solinger Unternehmer sollen zum größten Teil für die von der Kommission getroffenen Vereinbarung gestimmt haben, aber ihr Kollegen von Ohligs und Wald sollen dafür entschieden dagegen gewesen sein. Die Unternehmer aller drei Orte sind nämlich in einem Arbeitgeberbund. Da aber die Unternehmer von Ohligs und Wald von dem Streik gar nicht betroffen sind, vielleicht sogar Vorteil daraus ziehen, können sie ziemlich leichtes Herzgefühl gegen die Lohnherabsetzung und somit Verlängerung des Streiks führen. Die Streikenden haben wiederholt beschlossen, das Angebot der Unternehmer unter keinen Umständen anzunehmen, und da die Baufontifikur den Streikenden sehr gute Chancen bietet, dürften die Unternehmer doch wohl noch weiteres Einigegemessen zeigen müssen.

In Emden haben am Mittwoch voriger Woche 140 Maurer die Arbeit eingestellt. Die Kollegen fordern eine Erhöhung des Lohnes zunächst von 45 auf 50,- und im nächsten Frühjahr auf 52,-. Diese Forderung hat jede Lohnherabsetzung für dieses Jahr abgelehnt und auf Verhandlungen im Frühjahr verzichtet. Da die Baufontifikur aber zur Zeit außerordentlich günstig ist und die Maurer früher schon mit Versprechungen der Unternehmer schwere Erfahrungen gemacht haben, bestanden sie auf die sofortige Erledigung ihrer Forderung. Mit 129 gegen 9 Stimmen wurde der Streik beschlossen. In Arbeit blieben bei 20 Unternehmen auf 29 Maurer: 4 Vollere, 7 Gesellen und 8 Lehrlinge. Die Arbeit ruht also fast vollständig. Über 40 Kollegen reisten in den ersten Tagen ab. Es ergibt die dringende Mahnung an alle Kollegen, den Zugang zuflösig fernzuhalten.

Zu der Sperré über Beplate in Elze wird berichtet: Die Ursache der Differenzen ist, daß der Unternehmer den von den Gesellen geforderten Stundenlohn von 40,- nicht zahlen will. Wer für 35,- nicht arbeiten will, kann aufhören, war-

die Antwort des Unternehmers. Darauf stellten sämliche Maurer die Arbeit ein, mit Ausnahme eines Verbandskollegen aus Hannover, der 4,- Lohn bekommt. Den Kollegen Wenkel, der von seinen Mitarbeitern beauftragt war, mit Beplate zu unterhandeln, hat dieser mit Anlaß wegen Hausfriedensbruchs bedroht, wenn er den Raumplatz nochmals betrete. Beplate und ein Agent namens Germar befuhren per Automobil die Umgegend, um Streitbrecher anzuwerben. Es geht das Gerücht um, daß sich der Unternehmer Hönsch aus Mehlerebereit erklärt habe, den Bau fertig zu stellen. Die bei diesem Unternehmer beschäftigten Maurer sind leider noch unorganisiert, ob sie sich aber zu Streitbrefern hergeben werden, ist doch noch fraglich. Den Streikenden werden ihre Maßnahmen dadurch erschwert, daß sie kein Verhandlungsbasis haben. Um so dringender werden alle Kollegen gebeten, den Zugang fernzuhalten.

In Jena ist über den Bau des Konsumvereins Sperré verhängt worden. Am 24. Oktober legten sämliche dort beschäftigten Maurer, etwa 40 Mann, die Arbeit nieder. Ursache: keine vorwirtschaftliche Baubude, zu späte Auszahlung des Lohnes, es durfte kein Belehring oder Arbeiter vor den Bauten sorgen, um Spellen und Getränke zu holen, die Arbeit wurde vom Unternehmer willkürlich verändert. Der Unternehmer Haufe hatte einige Begründungen gemacht, womit die Maurer aber nicht zufrieden waren.

In Sperré über den Unternehmer Treig in Calbe an d. Saale ist aufgehoben worden, nachdem er verboten hatte, den Kollegen Mitter weiter zu beschäftigen. Die Zimmerer hatten sich mit den Maurern solidarisch erklärt, wodurch Treig erst recht in Verlegenheit kam.

In Müglitz b. Dresden sind die Bauten der Unternehmer Dömer und Wedold noch immer gesperrt. Es handelt sich um Rohrfabriken.

In Pirna mußte nach einer Sperré von einigen Tagen der Unternehmer Horn den Stundenlohn der Maurer und Zimmerer von 32 auf 34,- erhöhen. Horn hatte beabsichtigt, den Lohn von 32 auf 30,- zu reduzieren; er hat seinen „Trum“ aber sehr bald eintreten müssen.

Die Bauperré über Walling in Tegel ist beendet.

Die Auffordermauer sind entlassen worden.

In Bromberg hat am Dienstag, 27. Oktober, eine stark besuchte Versammlung beschlossen, den Unternehmern wieder die Forderung von 45,- zu unterbreiten. Zur Durchführung der Forderung soll zunächst mit Bauperréen vorgegangen werden. Am Donnerstag voriger Woche ist bei den Unternehmern Döck und Götz und auf der Landwirtschaftlichen Schule die Arbeit eingestellt worden, nachdem vergebens versucht war, die Arbeit auf günstigem Wege herzuführen. Es ist fast einmütig die Arbeit eingestellt worden, nur einige reudige Schafe, die während der Auspfernung aus der Proditz herangeholt wurden, sind bei der Arbeit geblieben. Da aber zur Zeit in Bromberg die Baufontifikur gut ist, und es schon in der letzten Zeit an Maurern gefehlt hat, werden die paar „Arbeitswilligen“ den Koch der Unternehmer auch nicht fei machen. Den Unternehmern dürfte es bald einfallen, daß es besser ist, Frieden mit den Arbeitern zu machen. Die Fernhaltung des Zugangs ist aber durchaus notwendig. Kein Maurer darf nach Bromberg kommen.

Aus Danzig wird berichtet: Wegen Maßregelung zweier Kollegen legten an den Neubauten des Polizeipräsidiums und der Landesverwaltung anstalt, die von der Firma Feib ausgeführt werden, am Sonnabend, den 21. Oktober, circa 80 Maurer die Arbeit nieder. Dem Herrn Feib war es schon lange ein Dorn im Auge, daß die Maurer häufig der Organisation angehörten. Zwei Männer wurden auch schon vor einiger Zeit gemahrgelt, weil sie für die Organisation eingetreten waren. Als Anfang zur letzten Maßregelung dient folgendes: Da Feib auf den Bauten zum Teil 45,- Stundenlohn zahlte, sahen sich die Maurer der oben genannten Bauten veranlaßt, zwei Kollegen zu beauftragen, bei der Firma vorstellig zu werden, damit ihnen dieser Lohn auch gewährt werde. Die Antwort darauf war, daß die beiden Kollegen entlassen wurden, angeblich, weil keine Arbeit mehr vorhanden sei, trotzdem hat die Firma tatsächlich noch Männer in einem bissigen Blatt gesucht. Hierauf stellten sämliche Kollegen die Arbeit ein. Kein einziger blieb in Arbeit. Da die Baufontifikur diesen Herbst eine äußerst günstig ist, sind die Kollegen gewillt, so lange die Arbeit ruhen zu lassen, bis die Firma 45,- bewilligt. Neuerlich sind wir nun, was unsere Danziger Schafschäfer sagen werden, besonders Feib, der kürzlich aus der Aktiengesellschaft hinausgetretene Direktor. Wahrscheinlich wird die Firma nun verjüngen, Arbeitnehmer von außerhalb heranzuziehen. Unsre Kollegen allerdings werden darum dringend erlaucht, Danzig bis auf weiteres zu meiden.

Die Sperré in Bahn ist dadurch gegenstandslos geworden, daß der Unternehmer den bisher üblichen Lohn bezahlt.

In Rostock wurde die Sperré über die Subunternehmer Helden und Holdorf verhängt. Diese beiden Leute waren bis vor kurzem Aufforderungsmitglieder, sie konnten aber von den vor Kurzem Rostoker Kollegen verbündet Aufforderarbeit nicht lassen. Der eine wurde ausgeschlossen, der andere ging freiwillig. Nun betrieben sie aber die Übernahme von Aufforderarbeiten in vermehrtem Maße. Unter anderem übernahmen von dem Unternehmer John die Bugarbeiten an einem Bau, wodurch mehrere der bisher an dem Bau in Togeloh beschäftigte Maurer arbeitslos wurden. Daraufhin wurde die Sperré verhängt, die auch alsbald gewirkt hat. Am Sonntag haben Helden und Holdorf zu Händen des Vorstandes unseres Zweigvereins folgende schriftliche Erklärung abgegeben: „Wir verpflichten uns, von den Bugarbeiten an dem Bau des Unternehmers John zurückzutreten und fernherin solche Arbeiten im Aufforder nicht wieder anzunehmen. Fernherin verpflichten wir uns, keine von uns beschäftigten Maurer nach dem Bau des Unternehmers John zu senden.“ Damit hatte sich die Sperré am Montag die Arbeit fortsetzen.

## Zur Lohnbewegung in Spandau.

Im August d. J. unterbreitete der Vorstand unseres Spandauer Zweigvereins dem dortigen Unternehmerverband einen detaillierten Vorsatz, der folgende Forderungen enthält:

1. Neunstündige Arbeitzeit (bissher zehn Stunden).
2. Abwicklung jeglicher Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, mit Ausnahme ganz dringender Fälle.
3. Sonnabends 1 bis 3/4 Stunde früher Feierabend, ohne

**Lohnabzug.** 4. Ausführung aller Arbeiten in Beilohn, 6. 65  $\frac{1}{2}$  Stundenlohn (10  $\frac{1}{2}$  mehr als bisher). 6. für unerschließbare Überlinden 15  $\frac{1}{2}$  Buschlag pro Stunde. 7. Für Beuerung- und Mascherarbeit ebenfalls 15  $\frac{1}{2}$  Lohnzulage. 8. Lohnauszahlung jeden Sonnabend sofort nach Arbeitsfähig an der Arbeitsstätte, soll mindestens eine halbe Stunde nach Feierabend beenden sein. 9. Zusätzlich der Abmildigung. 10. Keine Maßregelung wegen Zugehörigkeit zur Organisation und wegen des Feier des 1. Mai. 11. Errichtung von Bautrieben (über Standort und Beschaffenheit der Buden sind detaillierte Angaben gemacht). 12. Abort (ebenfalls detailliert). 13. Abschluss eines corporativen Arbeitsvertrages. 14. Vertragsfähigkeit vom 1. Oktober 1903 bis zum 31. März 1905 mit der Maßgabe, daß mit dem 1. Oktober der Lohn um 5  $\frac{1}{2}$  und ab 1. April 1904 wiederum um 5  $\frac{1}{2}$  erhöht wird. 15. Bestimmungen über Bildung und Funktionen einer gemeinschaftlichen Kommission. Über den Verlauf der Verhandlungen schreibt man uns:

Die mit dem "Arbeitgeberberatung" angebahnten Verhandlungen haben ein negatives Resultat gezeigt und sind jetzt als gescheitert zu betrachten. Es war nicht möglich, die Verhandlungen zu einem für uns annehmbaren Abschluß zu führen. Die Unternehmer haben das Kapitel vom Arbeitgeberberatung um ein neues Stud bereitet. Aber gefundene Erwägungen entgegen und sich oft in die trüffeligen Widerprüche verlegend, gedachten die Unternehmer, einen Tarifvertrag mit unserer Organisation abzuschließen, der ihnen alles bringen sollte, was ihr Herz wünscht. Das Verhalten der Unternehmer während der Unterhandlungen ist geradezu typisch und verdient sicher das weiteste Interesse.

In der ersten gemeinschaftlichen Sitzung, die am 23. August stattfand, war untere Forderung Gegenstand einer sehr ausgedehnten Debatte. Mit durchschlagendem Material zur Begründung gewappnet, vertrat unsere Kommission die Forderung. Mit Ausnahme der Punkte 1, 4, 5 und 14 gelang es unserer Kommission, allen übrigen Forderungen Anerkennung zu verschaffen. Nur auf Punkt 10 machten die Unternehmer die Einwendung, daß die Kommission nur aus je drei Vertretern männlichen Geschlechts solle; wir stimmten zu, weil wir diesen Punkt gerade nicht als den wichtigsten betrachteten. Sogar Punkt 10, in dem wir forderten, daß keine Maßregelung wegen Zugehörigkeit zur Organisation und ebenso wenig wegen des Feier des 1. Mai vorgenommen werden dürfe, fand zunächst die Zustimmung der Unternehmer. Ganz besonderes Gewicht hatten wir auf die Beschränkung der Bautrieben und Abort gelegt, um in dieser Beziehung endlich einmal menschenwürdige Zustände auf den Arbeitsplätzen herbeizuführen. Die Unternehmer sagten auch nicht, gegenwärtige Vorstöße zu machen. Nur wurde bemängelt, daß das geforderte Lichtenmaß der Baubude sei zu hoch, da 2,50 Meter ja schon eine Etagenhöhe wären. Wir machten die Unternehmer auf die bestehende Polizeiverordnung aufmerksam, die eine Lichtenhöhe von 2,20 Metern für Bautrieben vorschreibt. Hierbei stellte sich nun heraus, daß diese Polizeiverordnung, betreffend "Arbeiterfürsorge auf Bauteilen", die vom Regierungsbüropräsidenten zu Borsig am 31. März 1900 erlassen ist, noch nicht einmal zur Kenntnis der Unternehmer gelangt war. Ganz verdutzt fragt ein Unternehmer: "Was, eine Polizeiverordnung besteht?" Dieser Ausdruck ist nicht nur für die Unternehmer, sondern auch für die Spannauer Polizei unerträglich. Fast in jeder unserer Mitgliederversammlungen sind die Unternehmer namhaft gemacht worden, die auf das Gräßliche gegen die Polizeiverordnung verstoßen, um hierdurch der Polizei, die doch regelmäßig einen überwadenden Beamten in unsere Versammlungen schickt, Veranlassung zu geben, der Verordnung bei den Unternehmern Geltung zu verleihen. Aber nicht hat geholfen, und jetzt müssen wir die Wahrnehmung machen, daß nach allem die Polizeiverordnung den Unternehmern ein vollkommen fremdes Ding war. Gerade kein zivilistisches Zeichen, weder für die Unternehmer, noch für die Polizei.

Wie schon gesagt, kam es über den Lohn und die Arbeitszeit zu einer Einigung. Die Unternehmer machten den Vorschlag, den Vertrag auf zwöljährige Dauer abzuschließen. Die Arbeitszeit sollte, wie bisher, zehn Stunden betragen, der Lohn am 1. April 1904 um 2 $\frac{1}{2}$  erhöht werden und am 1. April 1905 wiederum um 2 $\frac{1}{2}$ , so daß also dann 60  $\frac{1}{2}$  Stundenlohn beobachtet werde. — Eine am 8. September abgehaltene Mitgliederversammlung erklärte sich mit der Tätigkeit ihrer Kommission einverstanden und beauftragte sie, strittig an der Verkürzung der Arbeitszeit festzuhalten. Am 16. September tagte die zweite Kommissionssitzung, und nun zeigten sich die Unternehmer im wahnen Eile als "Arbeitsherren". Dieseßen Unternehmer, die in der ersten Sitzung unsere Organisation als einen gleichberechtigten Faktor anerkannt hatten, mit dem sie auf dem Wege der gegenseitigen Verständigung einen Tarifvertrag abschließen wollten, fingen jetzt an zu titillieren. Folgendes "Angebot" wurde uns in der Sitzung schriftlich überreicht:

Punkt 1 der Anträge wird abgelehnt und beschlossen, die gehänselnde Arbeitszeit aufrecht zu erhalten. Punkt 2 wird angenommen, aber nur, bei gehänselner Arbeitszeit. Punkt 3 wird abgelehnt. Punkt 5 wird der Lohnabzug auf Stunde auf 60  $\frac{1}{2}$  vom 1. April 1904 bis 31. März 1905 festgesetzt, für Junggesellen und Invaliden nach freier Vereinbarung. Punkt 6 wird für Nacht- und Sonntagsarbeit ein Lohnzuschlag von 15  $\frac{1}{2}$  bewilligt. Punkt 7 wird von Fall zu Fall vereinbart. Punkt 8: Lohnauszahlung soll in der Regel dem Antrag der Gesellen entsprechend erfolgen. Punkt 9: Die vollständige Ausdifferenzierung der Abmildigung geschieht schon in den meisten Geschäften. Punkt 10 wird abgelehnt. Punkt 11 ist durch Gesetz geregelt. Punkt 12 ist durch Gesetz geregelt. Punkt 13 wird zwecks näherer Information später erledigt. Punkt 14 wird abgelehnt und auf Punkt 5 bezug genommen. Punkt 15 wird insofern angenommen, daß nur je drei Mitglieder zu den Kommissionen gehören, im übrigen einverstanden.

geg. Albin, Obermeister. J. B.: gez. Marten, Schriftführer.

Da nun die Unternehmer erklärt hatten, unter keinen Umständen von ihrer Forderung (was sie Angebot nennen) abzulassen, war es lädiert, daß auf diese Differenz hin nicht mehr sachlich weiter verhandelt werden konnte. Auch auf den Vorschlag unserer Kommission, bei 60  $\frac{1}{2}$  Stundenlohn die Arbeitszeit zu verlängern, erfolgte prompt

die Antwort: "Wir sind Gegner jeder Verkürzung der Arbeitszeit, denn wo eine lange Arbeitszeit besteht, ist der Lohn hoch, und spiegelt für Spanbau ist eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht angebracht." Auf eine Entgegnung von uns belamen wir das den Unternehmern so eigene, wir wollen nicht zu hören. Unsere Kommission nahm Gelegenheit, den Unternehmern das Widerstreitige ihrer Handlungsweise vor Augen zu führen, indem sie sich erst betriebs erläuterte, mit der Organisation zu verhandeln und dieser gegenüber auch Zugeständnisse machen, um hinterher alles über den Haufen zu werfen und einfach befiehlt zu wollen. Es wurde den Unternehmern bedeuelt, daß Unterhandeln etwas anderes heißt, als ihr starres Gehalten an dem frischen Unternehmerstandpunkt und daß auf diesen Grundlage, ein Vertrag nicht zu stande käme. Die Unternehmer erwiderten: falls der Vertrag nicht zu stande käme, nur wir (die Kommission) schuld daran wären, denn der größte Teil der Spannauer Maurer sei mit ihrem "Angebot", insbesondere mit der zehnjährigen Arbeitszeit, einverstanden. Und sollte die Vertrag dennoch nicht zu stande kommen, so würden sie, die Unternehmer, in Alford mauen lassen.

Unsere Kommission wies diese Unterstreichung ganz entschieden zurück und antwortete, daß sie nur im Aufrütt der Spannauer Maurer handle. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung, die am 24. September tagte und sehr stark besucht war, belehrte die Unternehmer auch dahin. Die Versammlung sollte ihrer Kommission für ihr Eintreten volle Anerkennung und erwiderte in dem "Angebot" der Unternehmer geradezu eine Verabschaffung unserer Organisation. Einstimig wurde beschlossen, keinen Vertrag anzunehmen, der nicht eine Verkürzung der Arbeitszeit bringe, und ebenfalls von den Verhandlungen zurückzutreten.

Ganz besonders interessant ist das Verhalten der Unternehmer, indem sie in der ersten Sitzung von uns erst auf die Polizeiverordnung hingewiesen werden mußten, die ihnen bis dato vollständig fremd war. Aber schon zu der zweiten Sitzung hatten sie sich dieses neuendete Ding zugetan und, um unsere Forderung zu umgehen, schrieben sie in ihrem "Angebot": Baubude und Abort ist durch Gesetz geregelt. Zu bemerken ist noch, daß die Polizeiverordnung jetzt mangelshaft und so läudhaft ist, daß sie nicht im entferntesten unseren Anforderungen genügt, zumal, da sie in der Praxis nicht existiert, sondern nur auf dem Papier steht. Seit Jahren haben wir die Ehre, mit einem ganz besonderen hartnäckigen Unternehmertum kämpfen zu müssen. Daraus legt die Vergangenheit ein bereites Zeugnis ab. Aber wir werden in dem Kampf nicht ermüden, sondern zu gegebener Zeit die Unternehmer an der empfindlichsten Stelle zu treffen wissen, trotz ihrer lieben Alfordmauer.

### Versammlungen und sonstige Bewegung.

#### Bezirkskonferenz für Ruhalt.

In Dessau fand am 18. Oktober eine vom Gauvorstandene K. Koch einberufene Konferenz für Ruhalt statt. Neun Zweigvereine waren vertreten: Aken, Bernburg, Cöthen, Coswig, Dessau, Güsten, Leuna, Roßlau, Zerbst. Tagesordnung: 1. Bericht der Delegierten; 2. Agitation; 3. Lohnbemerkung. Zum ersten Punkt wurde im allgemeinen über große Arbeitslosigkeit an den einzelnen Orten sowie über mangelnde Solidarität der Kollegen gestritten. Ein Dessauer Kollege berichtete über den Stand des Streiks. Erfreulich ist es, daß sich aus der nächsten Umgebung von Dessau keine nennenswerte Zahl von Streikbrechern gefunden hat. Weitere wurden einzeln Fälle, betreffend Aufnahme von Kollegen, die schon einmal Mitglied waren, geregelt. Das Baudeputiertenwesen wurde ebenfalls besprochen und vom Kollegen Koch hauptsächlich den größeren Orten warm empfohlen. Der Volkspatriotismus, der sich noch an mehreren Orten breit macht, muß verhindert werden, besonders wenn es sich darum handelt, Streitfälle unterzubringen. Ebenfalls muß die Statistik verbessert und das Statut mehr beachtet werden, hauptsächlich in bezug auf Abrechnung und Beitragssmartern. Zum zweiten Punkt erläuterte Koch das Material zur Feststellung der Zahl der im Bezirk wohnenden Maurer. Es sei früher viel gefordert worden. Meistens wurden die Formulare immer nur nach Schätzung ausgefüllt. Das muss anders werden. Ebenfalls muß die Beitragsentlastung in der Wohnung des Mitglieds, wo es noch nicht gelingt, sofort eingeführt werden. Zur allgemeinen wird im Herzogtum Anhalt einen Schritt vorwärts kommen. Das soll und muss uns nun ein Ansporn sein zu weiterem Fortschritt. Auch zum dritten Punkt, Lohnbewegung, gab Koch verschiedene Anregungen. Weiter empfahl frühzeitig Bekanntmachung an den Verbandsvorstand und an den Gauvorstandene. Die Antwort dieser Körperschaften sei abzuwarten. Nachdem sich noch mehrere Kollegen über die weiteren Maßnahmen ausgetauscht hatten, erfolgte Schluss der Besprechung.

#### Konferenz für den Gau Oberschlesien.

Am Sonntag, den 25. Oktober, lagte in Katowitz eine Konferenz der Vertreternmänner der Maurer für das Industriegebiet Oberschlesiens mit der Tagesordnung: 1. Abschluß auf die Entwicklung unserer Organisation im Industriegebiet. 2. Agitation und Organisation. 3. Die Winteragitation in den Städten und Landkreisen. Anwesend waren 28 Vertreternmänner aus den Orten Beuthen, Biszkuiz, Emanuelsegen, Gleiwitz, Katowitz, Königsberg, Laurahütte, Michałkowice, Myslowitz, Tarnowitz und Gabra, außerdem der Gauvertreter der Gewerkschaften und als Vertreter der Agitationskommission der Gewerkschaften Oberschlesiens. Arbeitersekretär Gionner-Satoowski.

In einem Rückblick auf die Entwicklung der Organisation im oberschlesischen Industriegebiet berichtete Baude, daß bei seiner Übernahme des Bezirks am 1. Juni 1903 im ganzen 41 Maurer der Organisation angehört, und zwar waren in Beuthen 17, Gleiwitz 2, Katowitz 16 und in Königshütte 6 Mitglieder vorhanden. Diese Zahl hat sich bis zum zweiten Quartal 1903 auf 68 vernebelt, ist dann aber wieder durch den ungünstigen Verlauf der Lohnbewegung in Beuthen im dritten Quartal wieder auf 550 heruntergegangen. Dieser Rückgang werde aber bald wieder, wie auch die Delegierten von Beuthen berichteten, wett gemacht werden, wüssten doch gerade die Erfahrungen in Beuthen den noch indifferenteren Maurern die Augen öffnen. Bedenkt sei jetzt ein fester Stammtisch gut organisierter Kollegen.

im Industriegebiet vorhanden und den Streikbrecheragenten werde es allmählich in Oberleichten immer schwerer werden, Arbeitswillige für alle möglichen Streikorte in Deutschland anzuwerben. Über leidenschaftliche Forderungen gegenüber der Arbeit, die geleistet werden mußte, für uns aufzuhören stehtend sein.

Zum Punkt "Agitation und Organisation" gab Baude an Hand der Erfahrungen, die er in diesem Jahre erlebt hat, kritische Vierergänge, wie in der Zukunft gearbeitet werden müsse, um nicht wieder in die alten Fehler zu verfallen. Einmal müsse ernsthaft daran gedacht werden, diejenigen Mitglieder festzuhalten und neue zu werben, anderseits darf aber auch der Behörde keine Honigbäume gegeben werden, mit unseren Mitgliedern Mißbrauch zu treiben, sowohl es in Beuthen geschehen sei. Die Diskussion über diesen Punkt war eine sehr rege und wurde folgende Resolution, abgelehnt von vier Stimmenabstimmungen, einstimmig angenommen:

"In Erwägung, daß in diesem Jahre für einige Kollegen mehrere Mitgliedsbücher in verschiedenen Orten ausgestellt worden und der § 17 des Status ungängig worden ist, beschließt die Konferenz: Der Gauvorstand hat die Pflicht, vom 1. Januar 1904 ab für alle Orte des Industriegebietes Oberleichten die Mitgliedsbücher selbst auszustellen.

Zur weiteren Erwähnung, daß die heute dem Verband noch fernstehende unorganisierte Masse für die Organisation gewonnen werden muß, die Agitation aber bisher nicht energetisch genug betrieben werden konnte, beantragt die Konferenz den Gauvorstand, das Industriegebiet Oberschlesiens in Distrikte und Bezirke einzuteilen und für jeden Distrikt einen Distriktsführer einzulegen. Die Distriktsführer haben dafür zu sorgen, daß ein jeden Bezirk in seinem Distrikt ein Bezirksschüler vorsteht, deren Aufgabe es ist, mit Hilfe des Distriktsführers alle im Bezirk wohnhaften sowie arbeitenden Kollegen dem Verband zuzuführen. Da Versammlungsorte ausgesucht werden, so ist mit besonderem Eifer die Haus- und Bautenagitation zu betreiben.

Um Streitigkeiten unter den Distrikts- und Bezirksschülern zu vermeiden, erachtet die Konferenz es als notwendig, daß die Distriktsführer für jede in ihrem Distrikt verkaufte Beitragsmarke einen Pfennig und jeder Bezirksschüler für jede in seinem Bezirk abgelegte Marke drei Pfennige als Entschädigung für ihre Bemühungen erhalten. Alle sonst vorhandenen beginnenden Lokalfassungsgeländer sind an den Gau abzuliefern.

Außerdem wird der Gauvorstand erachtet, alle zwei Monate sämtliche Distrikts- und Bezirksschüler, soweit es die oberen Zweigvereine erlauben, zu einer Versammlung einzuladen.

Auch über den dritten Punkt der Tagesordnung: "Winteragitation", entspann sich, nachdem Baude nähere Erläuterungen über die Notwendigkeit derselben gegeben hatte, eine lebhafte Diskussion. Die Beuthener Delegierten erklärten, daß die Winteragitation nicht nur in den Landkreisen, sondern auch in den Städten ganz energisch betrieben werden müsse, da bei der Lohnbewegung so herausgestellt habe, daß gerade die Beuthener Maurer zu Streikbrechern geworden seien. Schließlich einigte man sich dahin, daß die Vertreternmänner sich verschließen, die noch fernstehenden und gleichgültigen Kollegen in einer jetzt zu beginnenden intensiven Agitation aufzulämmen, damit, wenn die Arbeit wieder beginnt, sich die Kollegen in den Verband aufnehmen lassen.

Nach einem anfängernden Schlusswort des Kollegen Baude trennen sich die Versammelten mit dem Gedanken, allen Schwierigkeiten zum Trotz eifrig für die weitere Entwicklung der Organisation im bunten Oberschlesien wirken zu wollen.

\* \* \*

Der Zweigverein Berlin schied am 22. Oktober im Gewerkschaftshaus seine Generalversammlung mit folgender Tagesordnung ab: "Vortrag des Genossen Ratzsch", "Abrechnung vom 3. Quartal". Der Referent wies in seinem Vortrage kurz auf die großen Erfolge der Sozialdemokratie bei der letzten Reichstagswahl hin und betonte, daß trotz des großen Erfolges niemand glauben dürfe, daß sich der Klassenkontrast zwischen Kapital und Arbeit dadurch abgeschwächt habe. Der Gegenteil: der Kampf wird von den herrschenden Klasse scharfer denn je gegen die Arbeiterklasse geführt. Nebner wies unter Abführung berücksichtiger Gesichtspunkte gegen streikende Arbeiter nach, wie es möglich sei, ohne daß eine Änderung der Gesetzgebung erforderlich ist, den Arbeitern die Ausübung ihres gleichzeitig gewährleisteten Sozialrechtes klarzumachen. An diesen Tagen könnten doch die Arbeiter nicht blind vorliegen, sie müssten sich mehr als die bestehenden Klassenengpasse bewußt werden und dadurch ihre Maßnahmen treffen. Den Bericht über die Abrechnung vom 3. Quartal erstattete der Kassierer Emil Lehmann. Danach betrugen die Einnahmen in den Bahnhöfen und Sektionen, einschließlich des Verstandes vom 2. Quartal, M. 62 281,78. Dem steht eine Ausgabe von M. 57 977,67 gegenüber, so daß ein Bestand von M. 55 485,06 verbleibt. Die Zweigvereinskasse hatte eine Einnahme von M. 97 821,84, dazu kommt der Bestand vom 2. Quartal im Betrage von M. 58 475,76 also eine Gesamteinahme von 166 297,60. Die Ausgabe betrug M. 89 644,73, darunter für Gewerkschaftserunterstützung I. 1515, Unterstiftung beim Streit der Firma Lügino & Co. M. 1229, für Sicherstellung der Bibliothek M. 8000, für die Haussicherung M. 2142, für Unterstützung der streikenden Schmiede M. 500, für Projekte an die Bahnhöfe und Sektionen M. 18 035,21, für Prolofolle vom Verbandsstage und Bauarbeiterkongress M. 682, an die Hauptkasse abgezahlt M. 56 859,04. Bleibt ein Bestand in der Zweigvereinskasse von M. 76 652,87. Die Mitgliedszahl betrug am Schlusse des 3. Quartals 10 872. Eingetreten sind im Laufe des 3. Quartals 10 782. Davon nach § 17, Ab. 2: 208. Ausgestorben sind 46, ausgeschlossen wurden 36, gestorben sind 18 Mitglieder. Im Anschluß an die Abrechnung entspann sich eine kurze Diskussion und wurde im allgemeinen die Laufzeit der Organisation gegen über sehr gut getroffen. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß in Zukunft eine bessere Agitation entfaltet werde.

Am 1. November hielt der Zweigverein Bonn a. N. seine Mitgliederversammlung im Lokale des Herrn Fabbri ab, die über Exwartungen sehr stark besucht war, denn das Lokal war fast zu klein. 27 Kollegen ließen sich neu annehmen, so daß unsere Zahl jetzt auf 204 gestiegen ist. Die Abrechnung vom III. Quartal wurde von der Versammlung genehmigt und dem Kassierer Entlastung erteilt. Der Vorsitzende gab bekannt, daß im III. Quartal fünf Mitgliederversammlungen und drei öffentliche Versammlungen abgehalten wurden und unsere Mitgliederzahl um 50 gestiegen sei. Den Bericht der Lohnkommission

erststelle Kollege Supa. Die Unternehmer haben es nicht einmal der Mühe wert gehalten, auf die Lohnforderung zu antworten. Singen brachten zwei Bauproben es fertig, neuem unserer Kollegen auf die Strafe zu werfen. Ein Unternehmer ließ sogar die Qualitätskarte rechts Lohn durch einen Handlanger dem entlassenen Kollegen ins Haus bringen. Er selbst war zu sieg, es dem Kollegen frei ins Gesicht zu sagen. Kollege Muth-Wohl hieß uns sodann einen längeren Vortrag und führte unter anderem aus, dass es wichtig an der Zeit wäre, dass auch die Bonner Maurer sich einmal aufräten möchten und nicht mehr in dem bisherigen Schleiden weiter gingen. Die Mehrzahl der in Bonn arbeitenden Kollegen wohnten 1-2 Stunden von ihrer Arbeitsstätte, sie wissen kaum noch, dass sie eine Familie haben; denn Morgens früh, wenn der Kollege zur Arbeit geht, schlafen die Kinder noch und kommt er abends heim, schlafen sie schon wieder. Darum wäre eine Verkürzung der Arbeitszeit sehr am Platze. Aber wir können vorläufig nicht darüber entscheiden, wie müssen uns erst mit der Lohnfrage beschäftigen. Das die Unternehmer uns nicht quantifiziert haben, zeigt wieder einmal, wie stark sie sich fühlen, denn sie werden wohl glauben, die Bonner Maurer haben eine Lohnforderung gestellt und damit lassen sie es gut sein. Vielleicht können die Bonner Maurer sich aber auch anders entschließen. Das Unternehmer wird einfacher die Kollegen, die für ihr gutes Recht eintreten, erfordern könnten auf das Strakenpflaster, ohne Rücksicht und alles. — Es wurde beschlossen, dass der Vorstand und die ausgesetzten Kollegen am Montag, den 2. d. M., zu den betreffenden Unternehmern gehen und nach dem Grunde der Entlastung fragen, ferner bei sämtlichen Unternehmern persönlich vorstellig werden, um zu erfahren, wie sie sich zu der Lohnforderung stellen. In einer Resolution wird das Verhalten des Unternehmers derarturteilt und ferner werden die Mitglieder zu energetischer Agitation aufgefordert. Sobann wurden als Delegierten zur Hauptkonferenz die Kollegen Ludwig, Heinrichs und Fal. Rang gewählt. Im Punkt „Beschließende“ wurde weiter noch erörtert, sich auch der Baubarbeiter anzunehmen zweck Gründung einer Zabstelle. Hierauf wurde mit einem dreimaligen Hoch auf das Gedächtnis des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands sowie des Zweigvereins Bonn a. Rh. die Versammlung geschlossen.

Der Zweigverein Breslau hielt am 27. Oktober eine Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshause ab. Auf der Tagesordnung stand: Die Bedeutung der Landtagswahlen für die Gewerkschaften. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Änderten des am Bau Neuborstrasse tödlich verunglückten Kollegen August Winkler in der üblichen Weise geehrt. Hierauf hielt Stadtverordneter Schwüg einen Vortrag über das obige Thema. Nachdem Winkler das Befestigen des Gesetzes für die preußischen Landtagswahlen eingehend erläutert hatte, ging er auf die Bedeutung der Wahl für die wertvollste Bevölkerung des nächsten ein. Das preußische Landtagswahlgesetz, das 1849 geschaffen wurde, hat sich in der langen Reihe von Jahren nicht geändert, es ist dasselbe geblieben. Aber die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse sind seit jener Zeit ganz anders geworden; aus dem Agrarstaat ist ein Industriestaat geworden und demgemäß ist die Entwicklung vor sich gegangen. Von dieser Umgestaltung ist aber das Wahlgesetz ganz unberührt geblieben, man hat nicht Bedacht genommen auf die Maßen der Industriearbeiter, und so kommt es denn, dass das arbeitende Volk im Landtage keine Vertretung hat, das dort nur die liberal-konservative Partei dominiert. Die Arbeiter haben jedoch ein wesentliches Interesse daran, dass auch ihre Vertreter an den Beratungen im preußischen Abgeordnetenhaus teilnehmen, denn die dafür geschaffenen Gesetze sind einschneidender Natur für die Gestaltung der gewerblichen Organisationen. Das ganze Gebiet der Polizeiangelegenheit liegt in den Händen des Landtages; doch diese einer durchgreifenden Reform bedarf, unterliegt keinen Zweifel, die Haltung der Polizeiorgane bei Streiks, bei Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechts beweist es am besten. Die Ausführungsbestimmungen der Gesetze zum Schutz der Arbeiter werden in leiner den Arbeitern wirtschaftlich schützenden Weise befolgt. Der Schul- und Bauarbeiter, der Grubenarbeiter und weiterer Arbeiterschaften, deren Tätigkeit mit Lebensgrund verbunden ist, ist durchaus ungenügend. Die Arbeiterschaft hat ein Recht, mitzuwirken an der Schaffung der Gesetze, und diese nicht allein den Besitzenden zu überlassen, die sie nach ihrer Art formen und zu ihrem Nutzen verwenden. Jeder Arbeiter hat daher die Pflicht, bei den bevorstehenden Wahlen sein Wahlrecht auszuüben und dafür einzutreten, dass ein Sozialdemokrat ins preußische Abgeordnetenhaus gewählt werden könne. (Lauter, anhaltender Beifall.) Nach einer kurzen Debatte wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige tagende Mitgliederversammlung des Maurerverbandes schlägt die hier Ausführungen des Referenten, Stadtverordneten Schwüg, vollständig an und verspricht, nach Kräften dafür einzutreten, dass vorlängige Arbeiterschaften, welche mit Energie die Interessen der Arbeiterschaft wahrnehmen, gewählt werden.“ Alsbald wurden Verbandsangelegenheiten berichtet. Kollege Widera verlas ein Schreiben des Arbeitgeberbundes der Baugewerbe, in welchem der Ortswahlverwaltung verlangt wird, dass dem Maurer Sommer bei der Arbeit keine Hindernisse in den Weg gelegt werden sollen. Dieses Schreiben soll in einer demnächstigen Vollversammlung Verhandlung finden. Die Baupraxis auf der Mehlstraße bildete dann Gesetzesähnlichkeit zu einer eingehenden Aussprache. Widera schilderte die Verhältnisse auf diesem Blatte, vorzugsweise zu entnehmen ist, dass es tatsächlich bei den Wahlenkämpfen der Polizei nicht möglich ist, Streikposten auszustellen, schon das Erstellen Wideras soll auf die Arbeitswilligen lästig wirken. Es hat eine Anzahl Maurer nach der Sperrung auf dem Bau gearbeitet, gegenwärtig arbeiten dort aber bis vier Maurer. Glinske und Schierdehn unterzogen die Maßnahmen der Schuhleute, die an der betreffenden Stelle postiert sind, einer Kritik; Möller bemerkte dagegen, dass man diesen Leuten keine Schuld beimessen könne, sie erfüllen ihre Amtspflicht, die Streikposten sei ganz anderswo zu suchen. Widera erklärte, dass die Baupraxis und das Vor gehen der Polizeiabteilung einer durch das Gewerkschaftsrecht lautstark einzuwerfenden Vollversammlung unterbreitet werden soll. Es soll dazu Stellung genommen werden, ob es in Breslau nicht möglich sei, Streikposten auszuführen, ob die Arbeiter sich möglichen den Unternehmern und der Polizei bieten lassen müssen, ohne etwas dagegen tun zu können. Die Versammlung war damit einverstanden. Nach

Erledigung noch anderer Angelegenheiten wurde die Versammlung mit einem Vogt auf den Maurerverband geschlossen.

Aus Chemnitz wird berichtet: Die Arbeitsgelegenheit für Bananenarbeiter, Maurer und Zimmerer war im verlorenen Quartal günstig zu nennen. Die Lagezeitungen krimmeln förmlich von Annoncen, wodurch Arbeitskräfte gesucht wurden. Trotzdem sei keine bemerkenswerte Siedlung der Löhne eingetreten. Bereits wurden den Maurern bis 40 Stundenlohn bezahlt, wobei ist zu bemerken, dass schon im Jahre 1897 vereinzelt ein Stundenlohn von 45,- bezahlt wurde. Im Winter 1901-1902 wurden am Theaterneubau von einem der Unternehmer die Maurerlöhne von 45 auf 28,- herabgebracht, während jetzt dieselben Unternehmer wieder Maurer für 40,- durch Annoncen in den Zeitungen sucht. Ein drastisches Beispiel für die Willkür der Unternehmer bezüglich Festsetzung der Löhne bietet der zwei Stunden von hier liegende Ort Höhna. Ein Leipzig Unternehmer, der dort Arbeiten auszuführen hat, zahlt einen Stundenlohn von 55,- während ein Chemnitzer Unternehmer, der dort ebenfalls baut, nur 40,- bezahlt. Es herrschen hier tatsächlich Verhältnisse, die zu bestem wirtschaftlichen Nutzen lohnen. Beschäftigung war also in dem verlorenen Quartal so reichlich vorhanden, dass mit Hilfe einer aktionsfähigen Organisation wohl einige Vorteile für die Arbeiter herauszuholen gewesen wären. Anscheinend sind wir jetzt auf dem besten Wege, dass das Verhältnis in nächster Zeit nachgeholt werden kann. Es sind in dem laufenden Quartal schon wieder einige 80 Aufnahmen zu verzeichnen.

Der Zweigverein Görlitz hielt am 25. Oktober seine öffentliche Quartalsgeneralversammlung ab, mit folgender Tagesordnung: Bericht des Vorstandes, Wahl der Delegierten zur Hauptkonferenz und Anträge. Nach Verlesung der Protokolle der beiden letzten Generalversammlungen, die mit einer kleinen Abstimmung angenommen wurden, erhielt der Vorsitzende den Quartalsbericht: Es sei im verlorenen Quartal verdächtig wenig zu tun gewesen, da infolge des Vertrags Bauherren so leicht nicht mehr verhängt zu werden brauchten. Durch die Arbeitsermittlung und nicht zum wenigsten durch Kollegen Freier würden die Sachen geregelt. Es sind im Laufe des Quartals 8 Mitglieder, 16 öffentliche Versammlungen und 14 Vorstandssitzungen abgehalten worden. Die Kollegen der Zabstelle halfen auch eine Lohnbewegung hinter sich. Ohne Streit ist dort der Cölnner Tarif vereinbart worden. Um die Organisierung der kalter Maurer hat sich Kollege Finsberg recht verdient gemacht. Ein Zeichen der Kraft und seiner Organisation ist es, dass ein Teil der ausgeschlossenen Kollegen sich an den Vorstand mit der Bitte um Rücknahme gewandt hat. Betreiss der Neuwahl der Arbeitsermittlung teilte Kollege Tietje mit, dass die „Christlichen“ in einer Sitzung mit einer Mitgliedervertretung erscheinen, für deren Richtigkeit sie jedoch Belege weder durch Mitgliederberichte noch durch Kassenbuch erbringen konnten. Der Vorschlag, eine gegenseitige Kontrolle durch die Hälfte aller vornehmen zu lassen, wurde von den „Christlichen“ abgelehnt. Bulet sei der Vorsitzende erschienen und habe erklärt: Wenn man ihnen noch einen dritten Delegierten zugestehen will, würden sie sich so aufzutreten geben, zwei mühten sie auf jeden Fall beobachten. Hierauf erklärte Kollege Freier den Kassenbericht. Die Hauptröse lässt sich in Einnahme und Ausgabe mit M. 10.306,06 ab. Die Lokalkasse hat eine Einnahme von M. 2507,98, eine Ausgabe von M. 2883,05, mithin einen Überschuss von M. 624,91. Die Mitgliedszahl betrug am Schluss des Quartals 1841 (noch dem Werkmarktvertrag), worunter sich Italiener und zwei Holländer. In Wirklichkeit ist sie jedoch noch etwas höher. Nedner führte ferner aus, dass er freilichweise die Beitragssummen bedeutend besser erlösen als früher, so dass Mitgliedszahl und Einnahme einigermaßen harmonieren. Er könne heute wöchentlich mit regelmäßigen Einnahmen rechnen. Bei dieser erfreulichen Tatsache habe das Baupräsidium bestätigt. Nunmehr berichtete Kollege Habermann über die Büroschlüsse. Die Einnahme (aus dem Frageraum) betrug M. 105,84, die Ausgabe M. 78,95, der Übertragsabzug M. 29,89. Es sind jetzt 150 Wände vorhanden, von denen 75 gelesen wurden. Nach diesen Berichten erhält der Redaktor Kollege Böhn das Wort, der erklärte, dass er bei der Redaktion die Kosten in Ordnung befunden habe. Er stellte den Antrag, dem Kassierer Entlastung zu ertheilen. Zu rügen sei nur, dass ein Teil des Überschusses nur auf dem Papier steht, indem wir Schuldner zu vergeben hätten, die Geld verschiedener Art, im ganzen M. 200, noch nicht abgeliefert haben. (Die Namen der Dienstanten wurden verlesen.) Um diese Geldsäcke aus der Welt zu schaffen, beantragte der Kassierer, die Schuldner nochmals aufzufordern, zu zahlen, ihnen dann noch acht Tage Zeit zur Erläuterung zu lassen und dann unverzüglich Schritte zur gerichtlichen Eintrittserklärung der Schuld zu tun. Zur Diskussion über diese Berichte erklärte sich Kollege Kreibohm mit den Ausführungen des Kollegen Böhn eine verstanden. Kollege Geise machte der Beratung den Vorwurf, dass sie viel zu lange damit gewartet habe und meinte, das dürfe in Zukunft nicht mehr geschehen. Kollege Heuß schloss sich dem an. Kollege Muth hält es für unrecht, der Verwaltung Vorwürfe zu machen; sie habe nach seinem Ermessens alles getan, was in ihren Kräften stand. Bei den großen Erfolgen, die wir erzielt haben, sollte man von solchen Kleinleistungen nicht viel Aufhebens machen. Er möge darauf aufmerksam machen, dass die Gehälte verdoppelt und verdreifacht hätten. Kollege Freiter meinte, dass man mit solchen Sätzen doch nicht eher die öffentliche Meinung, als es unbedingt nötig sei, indem man damit unzureichende Gegner mit Material zur Gegenposition liefern. Kollege Tabor trat für den Antrag Böhn ein und beantragte, die Dechargeerteilung auf den ganzen Vorstand auszudehnen. Der Antrag Böhn mit dem Zusatz Tabor wurde gegen eine Stimme angenommen. Der zweite Antrag Böhn, die Zahlstelle Köln auch einen Delegierten wählen sollen, von der ersten Abteilung sei Kollege Moigart, von der zweiten Kollege Greiling, von der dritten Kollege Kerk vorgebracht. Er bitte nun um Vorschläge für Köln. Es wurde vorgeschlagen: Böhm, Tietje, Tabor, Elsner, Geberzahn, Dur, welche alle, bis auf Böhm, ablehnten. Da kein Widerspruch erhoben wurde,

wurden die Vorgeschlagenen einstimmig per Aufflamment gewählt. Hierauf stellte Kollege Tietje namens des Zweigverein-Vorstandes den Antrag, das Gehalt des Beamten, Kollegen Freier, auf M. 1800 pro Jahr zu erhöhen. Es begründet den Antrag damit, dass Freier mit einem Gehalt von M. 80 pro Woche nicht auskommen könne, indem ihm durch seine Tätigkeit für den Verband, bei Besprechungen und Versammlungen größere Unkosten entstehen, die er nicht vergüten bekomme. Nun habe Kollege Freier eine große Familie und er sei Befürchtet des Verbands, seine Angestellten, wenn sie sich unterem Interesse völlig widmen sollen, vor materiellen Sorgen zu schützen. Freier habe erklärt, dass er das jegliche Gehalt nicht weiter arbeiten könnte und gegebenenfalls seinen Posten niedergelegen müsse. Es entsprach über diesen Punkt eine lange, heftige Debatte, in der sich die Kollegen Wöhrel, Beiß und Böhm in scharfer Weise gegen den Antrag erklärten. Sie führten aus, dass in Köln die Maurer auf höchstens M. 1200 Jahresverdienst kommen könnten. Die Kollegen Greiling, Elsner und Muth sprachen für den Antrag. Es wurde zweimal ein Antrag auf Schluß der Debatte eingebracht, aber abgelehnt. Dann wurde beantragt, diesen Punkt zu erledigen und dann in Anbetracht der vorgerückten Zeit die Generalversammlung um 14 Tage zu versetzen. Dieser Antrag wurde angenommen. Es erhielt hierauf Kollege Freier das Wort. Er wendete sich in längeren Ausführungen gegen die Gegner des Antrages und erklärte zum Schluss: Die Kollegen mihierten dem Antrag ja nicht zuzuhören; sie könnten ihn ruhig ablehnen, dann würde er natürlich seinen Posten niedergelegen. In der darauf folgenden Abstimmung wurde der Antrag gegen wenige Stimmen angenommen. Der Vorsitzende schloss darauf die Versammlung um 22 Uhr mit einem Hinweis auf die in 14 Tagen stattfindende Fortsetzung der Generalversammlung. Die Fragelisten waren M. 10,78 zu Gunsten der Bibliothek eingegangen.

In Diepholz wurde Sonntag, den 26. Oktober eine öffentliche Maurerversammlung abgehalten zu dem Zweck, den Kollegen die Notwendigkeit der Organisation auszusezigen. Dazu war unter Gauvorsitzender, Kollege Hildebrand aus Bremen, erschienen, dem es durch seinen glänzenden Vortrag auch gelungen ist, die Mehrzahl der Diepholzer Kollegen zu überzeugen, dass der Anschluss an den Centralverband notwendig ist. Das erhielt schon daraus, dass die Meister sich nicht schämen, den Gesellen noch Stundenlöhne von 28,- anzugeben. Aber auch hier brauchen wir nicht zu verzagen. Wenn wir seit zusammenstehen, wird es gelingen, einigermaßen guten Lohn zu erringen. Den richtigen Weg hat uns Kollege Hildebrand gezeigt. Nedner gab einen kurzen Überblick über die Entwicklung der Organisation, wie in den meisten Orten Deutschlands die Kollegen sich schon eine stützende Macht errungen haben, so dass die Unternehmer ihrem Standpunkt, ten sie meistens mit dem Spruch ausdrücken: „Wir wollen hier im eigenen Hause bleiben“, schon häufig aufgegeben müssen. Wo die Unternehmen nicht mit der Arbeiterorganisation zu rechnen brauchen, machen sie sich ein Herrschaftsrecht über die Arbeiter an und setzen die Arbeitsbedingungen selbst herlich fest. Aber das wird mit einem Schlag anders, sobald die Arbeiter sich zusammenschließen. Daraus sind die Unternehmen auch so schlecht auf die Arbeiterorganisationen an sprechen und sügen durch Massenabschaffung die Organisation zu unterdrücken, was sie in diesem Jahre wieder im vollen Maße mit den Auspferungen in Bremen, Hannover, Cassel, Köln und anderen Orten bewiesen haben. Überall haben wir durch Einigkeit gewonnen und unsere Lebenshaltung verbessert, so dass die Unternehmer jetzt zum Teil selbst einsehen, dass sie uns als gleichberechtigte Menschen annehmen müssen. Aber dieses Augenmaß machen sie auch nur da, wo die Organisation fest zu gestanden hat. Stets sträuben sie sich mit aller Macht dagegen, wenn die Kollegen aufzutreten und sich der Organisation anschließen wollen. Dieses lehrt uns Diepholz wieder. Alles ist in Bewegung gekommen, um die Organisation nicht hochkommen zu lassen, ja, selbst unser Oberhaupt, der Bürgermeister, hat es nicht unter seiner Würde gefunden, persönlich uns diese Woche durch Einschüchterung des Wirtes C. Bruns am Freitag unser Versammlungsort abzutreiben. Für den Jugendabend batte der Bürgermeister Erfolg, aber es nützte ihm nichts, wir fanden noch des Abends ein neues Lokal beim Gastronom Herrn Kringelmann und Samstag konnten wir unsere Versammlung anmelden. Der Herr Bürgermeister hatte aber an dem „Ruhm“, uns ein Lokal abgetreten zu haben, noch nicht genug. Er ging nunmehr zu dem Unternehmer, wo er den Gesellen, der die Versammlung angemeldet hatte, in Arbeit wölkte, und forderte die Entlastung dieses Misseläters aus der Arbeit. Ja, der Bürgermeister setzte dieer Auflösung die Drohung hinzu, der Unternehmer werde bei der Vergabe öffentlicher Arbeiten nicht berücksichtigt, wenn er den Gesellen nicht entlässt. Der Bürgermeister kann von Glück sagen, dass die Zuckthausvorlage nicht Geles geworden ist. Es wäre jedenfalls auf ihn der Paragraph, der den mit Strafe bedroht, der andere an freiwilliger Arbeit zu hinterher führt, anwendbar gewesen. Aber auch nach der heutigen Strafrechtspflege muss man annehmen, dass der Diepholzer Bürgermeister sich eines strafbaren Terrorismus und Widerhauchs seiner Amtsgewalt schuldig gemacht hat. Lediglich werden die Maurer sich nicht eindringen lassen. Sie haben die gesetzliche Pflicht, sich Organisationen zu gründen, und in Diepholz ist die Organisation durchaus notwendig. Denn ist das ein menschenwürdiges Dasein, wenn die Kollegen sogar noch den Sonntag mit zur Hilfe nehmen müssen, um für und ihre Familien durchzubringen? Kollegen, Ihr könnt Eure Lage nur verbessern, wenn Ihr Euch dem großen Centralverband der Maurer Deutschlands anschließen, Ihr Euch zur Errichtung besserer Arbeitsbedingungen unterstüttet, Rechtschutz, Reiseunterstützung, Sterbegeld und vom nächsten Jahre ab Rentenunterstützung gehabt. Lasst uns kämpfen, um uns und unseren Familien ein besseres Dasein zu erringen.

Aus Flensburg wird uns geschrieben: Bezugnehmend auf den Artikel des Kollegen Donath in Nr. 48 des „Grundstein“ über Flensburger Verhältnisse, sieht sich der unterzeichnete Vorstand veranlasst, folgende Erwidderung abzugeben:

Bis Punkt 1, betrifft die Unterhaltskasse in Krankheits-, Sterbe- und sonstigen Unglücksfällen, gibt schon die Bewertung der Abdankung des „Grundstein“ uns vollständig Recht. In bezug auf unsere Unterhaltskasse ist gefragt: Bei der vorgenommenen Urabstimmung im diesjährigen Zweigverein waren

von 112 der Kasse angehörigen Mitgliedern 111 für das neue Statut und nur eine Stimme dagegen. Die Pläne und Rechte der Mitglieder hier noch näher zu erläutern, ist wohl nicht notwendig, dafür hat der Kollege Donath ja schon in gehöriger Weise gesorgt.

Weiter wollen wir gleich von vornherein bewerben, daß uns der Artikel des Kollegen Donath einer Demunizilation beim Verbandsvorstand folglich ähnlich sieht und von diesem Standpunkt aus wollen wir die Sache auch behandeln. Das der hiesige Zweigverein donath und wann der Quartalsabrechnung A. 50 bis 100, je nach dem Stand der Lofalkasse, der Unterstützungsstiftung und ferner den Gehaltschreitungen der Maurer geangeregt bezahlt, ist sicherlich doch wohl kein leistungsfähiges Geldevermögen, ebenso wenig, als wenn die Verhandlung mal beschleicht, A. 50 resp. 100 der Wahl des Partikulärs zu überweisen. Alsdann möchten wir noch gleich darstellen, daß der Hauptvorstand über alle diese Geschäftsführungen trefflich informiert ist durch die Quartalsabrechnungen; und daß wir in unserer Handlungswelt nichts statthaftes erledigen, weil das Geld ja immer nur den Mitgliedern direkt und indirekt zu gute kommt. Ferner: Ob ein eventueller Überschuss von Bällen und der Unterstützungsstiftung zu jüdischer Zeit die Defizit aber die Lofalkasse trug, das unterliegt einem Versammlungsbeschluss. Das wir hierbei die Bedeutung des Generalverbandes der Maurer nicht vergessen, daß er nämlich eine Kampfsorganisation ist, haben wir ja noch im Frühjahr dieses Jahres bewiesen, wo wir doch noch im Stande waren, die Kosten der zwei Arbeitsvereinigungen, die gut A. 400 betragen, aus der Lofalkasse zu bedienen. Davon, daß die Beiträge zur Unterstützungsstiftung nicht ausreichen, kann auch nicht die Stelle sein; die Zuflüsse werden nur geleistet, um die Kasse besser zu fundrieren.

Nun zum zweiten Punkt. Hier liegt nämlich der Hase im Pfister; denn nach unserer Ansicht sind die anderen Ausführungen des Kollegen (oder des Konkurrenz) nur Mittel zum Zweck. Nun sind wir aber der Meinung, daß derjenige, der Moral predigen will, selber rein und tugendhaft dastehen muß. Über ist es vielleicht kein Unterstützer der Lofale, wie Kollege Donath sich ausdrückt, lieber wenn er selbst am Sonntagen mit seinem Verzug begnügt. Nach unserer Ansicht sollte er dies als strenger Moralität auch nicht tun. Alsdann seien wir uns veranlaßt, die eingeflammter Beurteilung mit Entzündung als große Enthaltung zurückzufeuern, da nicht der Vorstand ein beratendes Lofal vorholt, sondern dieses aus der Mitte der Verhandlung herausgeht. Wohl habe ich, was ja meine Pflicht als Vorstand ist, im Unterständnis mit den übrigen Mitgliedern des Vorstandes die Lofalkasse auf die Tagesordnung gelegt, und ich habe auch die Motive angeführt, die uns dazu veranlaßt, diese Frage mal gründlich zu erörtern. Es gefällt dies, um den enigen Stützpunkten denen man deshalb ausgegraben war, in Zukunft vorzubringen. Ich habe gesagt, daß die Werte, durch eventuelle Drohungen mit Militärdiktat und kapitalistischen Zwangsmethoden verdeckt, nicht in der Lage seien, uns ihre Lofale zu Verhandlungen zur Verfügung zu stellen, und dies ist mir in der darauf folgenden Verhandlung von unserem Reichstag abgeordneten, Genosse S. Maßke, voll und ganz bestätigt worden, indem er aufwies: wenn die Sozialfeste freie Hand hier hätten würden sie uns ebenso gern ihre Lofalkasse über Verhandlungen geben wie anderen Vereinen. Weiter sollte gerade aus dieser Verhandlung heraus der Kollege Donath erscheinen, daß einige der Vorstandsmitglieder, einige verschämt sich in dieser Frage neutral, scharf dagegen angingen. Über obgleich sogar unter Abgeordneten sowie auch der Kartellvorstand die Mitglieder eindringlich davor warneten, ihr Werk dort abzuhalten, sagte die Verhandlung dennoch diesen Beschluss. Das darf tatsächlich Blasphemie geladen haben, muß jeder beispielhaft, der der Wahrschafft die Ehre geben will, und ist dieses auch von Freund und Feind, stets bestont worden. Wie in Frage kommenden Lofalen sind für die großen Vereine für Feierlichkeiten zu klein. Als Beweis diene folgendes: Webschäden hielten die Zahnstangen der Schiffszimmerer und Metallarbeiter nicht auch in den beiden fraglichen Verhandlungsbüros ihrer Gürtelfeststiftung ab? nun, weil sie zu klein sind. Und macht der Buchdruckerverband in dieser Hinsicht nicht, was er will? Also so lange, wie alle diese Halbketten existieren, kann von einem Anhängerunterstützen den anderen Gewerbevereinen gegenüber gar keine Rente sein; und was die Meister anbelangt, so werden diese sich wohl wenig darum kümmern, wo wir unsere Feste feiern.

Somit fäumen wir zum Schlus. Da hätten wir nun zuerst die Meister und die daraus entstehenden Differenzen. Gern drücken wir hiermit unser Bedauern aus, daß der Kollege sich nicht nach dem im Frühjahr geschafften Beschluss erkundigt hat, der dahin ging: am 1. Mai nur da zu feiern, wo es angezeigt ist, um Kollegen deshalb nicht in Unannehmlichkeiten zu bringen. Hieraus ist ja auch gehandelt worden. Wenn nun wirklich mal ein junger, lediger Kollege deshalb gemahngestellt wurde, so müßte nach unserer Ansicht er ja doch Idealsonnen besitzen und um der großen Städte halber die Entlastung in den Kauf nehmen und nicht gleich denken: "Na, der Verband zahlt ja." Ferner werden wir es nicht unterlassen, den Kollegen Donath als Kassierer vorzuschlagen, damit er Ecke und Blut in der Kasse besser regelt als es bisher geschehen ist.

Nach einer Frage: Thut der Zweigverein nicht alles mögliche, um die angeführten Missstände zu beseitigen (Sonntagsüberstunden, und Aufsichtsräte)? Möglichen wie deshalb nicht in letzter Zeit noch etliche Kollegen die Tür weisen und sind nicht in den letzten Jahren die Missstände beseitigt worden?

Sollte der Kollege jedoch verneinen, so empfehlen wir ihm, sich besser darüber zu orientieren und dann erst anzuspielen. Und wenn der Kollege gewuft hat, daß in einzelnen Fällen bis spät in die Nacht hinein gearbeitet wurde, weshalb bringt er dieses nicht zur Kenntnis des Vorstandes, was doch seine Pflicht und Schuldigkeit gewesen wäre?

Hamburg, im Oktober 1908.

Der Zweigvereinvorstand.

J. A. H. Meister, erster Vorsitzender.

In Forst t. L. fand Freitag, 28. Oktober, eine öffentliche Bauarbeiterversammlung statt, die sich mit dem Bauarbeiterkonto und den Unfallverhütungsvorschriften beschäftigte. Das Referat hielt Gustav Schulz aus Frankfurt a. d. O. Nach einer Darstellung des Bauarbeiterkontoes in verbindlichen Staaten unterzog der Redner die Verhältnisse in Forst einer Kritik, wobei besonders gerügt wurde, daß die Überwachung der Einhaltung der Schutzbücher überaus mangelhaft sei, von den Baubuden ganz zu schweigen. Das gräßliche Unglück beim Neubau des Gutsfeldischen Warenhauses sei noch in

frischer Erinnerung; daß beim Neubau Paulig in der Sophienstraße nicht ein ähnliches Unglück passierte, sei ein Wunder zu nennen. Es wurde bereits Beschwerde beim Bauamt geführt, weil dieser Bau in einer Weise ausgeführt werde, die Leben und Gesundheit der beschäftigten Arbeiter und vielleicht auch der späteren Mieter gefährde. Im Interesse der Bauarbeiter müsse auf Verbesserung der Bautechnik gebracht und direkt die Inhibition des Bauaufsichtsbeamten verlangt werden. Nach langer Diskussion, in der alle Redner ihr Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten erklärten, wird ein Antrag angenommen, dem Bureau der Versammlung beauftragt, bei der Baupolizei, unterstützt mit Gewebematerial, darin zu erwidern, daß eine gründliche Untersuchung der Baupolizei Menschenfälle vorgenommen und der Bau inhibiert werde. Zu gleicher Zeit soll auf die ungenügende Durchführung der Bauarbeiterverhältnisse hingewiesen und energisch Abhilfe verlangt werden. — Nach einem ernstigen Appell an die dem Verband noch fernstehenden zum Eintritt in denselben, erfolgt sodann Schluß der Versammlung.

Der Zweigverein Gotha war am 24. Oktober im Saal des "Thüringer-Hofes" eine öffentliche Maurerversammlung abgehalten. Der große Saal war gefüllt bis auf wenige Plätze, und es kam mit Bestimmtheit gezeigt werden, daß in Gotha eine derartige Maurerversammlung noch niemals gehalten worden ist. Als Referent war der Gaubauordner, Kollege Schmid aus Erfurt, erschienen. Auf der Tagesordnung stand die Lohnfrage für nächstes Frühjahr. Die niedrigen Löhne und die sehr schwachen Arbeitsverhältnisse, unter denen die Maurer von Gotha und Umgegend zu leben haben, waren der Krieg zu dieser starken Verhandlung. Der Referent legte den Kollegen in klarer Weise dar, daß nur eine feste Organisation im Stande ist, den Maurer befreie Lohn und Arbeitsbedingungen zu schaffen. In längeren Ausführungen zeigte Redner an anderen Städten, was der Centralverband der Maurer schon seinen Mitgliedern alles geschafft hat. Hier in Gotha stehen die Maurer noch viel zu tief mit ihrem Lohn, wogenen Miete und Lebensmittelpreise sehr hoch sind. Lauter Verlust wurde dem Referenten zu teil. Es wurde von der Verhandlung beschlossen, den Maurern einen neuen Tarif zu unterbreiten, und zwar jetzt im Herbst, damit sie vor Übernahme neuer Bauten darnach richten können. Von verschiedenen Rednern wurde noch betont, daß die Lohnfrage nun aber ernsthaft betrachtet werden müsse. Nach Erledigung einiger anderer Angelegenheiten wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Maurerbewegung geschlossen.

Der Zweigverein Graudenz hielt am Mittwoch, den 28. Oktober, eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: "Der Kampf um die Lebenshaltung der Arbeiter", referierte Kollege Schwarz-Danzig in einer heftig aufgenommenen Weise. Hierzu wurde die Abrechnung von dem Kassierer S. Jens vorgelegt und von der Verhandlung genehmigt. Eine längere Diskussion entpann sich dann über die Lohns und Arbeitsbedingungen am Orte. Gleichzeitig in Graudenz ein Vertrag zwischen dem Zweigverein und den Unternehmern besteht, in dem der Lohn auf 37,- für dieses Jahr festgelegt ist, sucht der Unternehmer Kantski durch Bezahlung Maurer für 38,-, und zwar solche, die dem Verband nicht angehören. Der Herr glaubt noch immer, es ist so, wie es früher war, daß, sobald im Herbst die Tage kürzer werden, der Lohn um die Hälfte gefürgt werden darf. Um ihn zu belehren und ihn mit den jetzigen Verhältnissen vertraut zu machen, wurde die Sperrre über das Geschäft Ramius verhängt. Die Stadt Graudenz beschäftigt auch Maurer in Regie. Es ist aber auch hier der tatsächliche Lohn nicht bezahlt worden. Daraus wurde die Lohnkommission beauftragt, bei der zuständigen Behörde vorstellig zu werden, um auch hier die Arbeitsbedingungen zur Durchführung zu bringen. Es wurde dann noch über Krankenfonds-Angelegenheiten diskutiert. Es war im allgemeinen die Meinung vorherrschend, daß es am besten sein würde, wenn sich die Maurer des freien Hülfekasse "Grundstein zur Einigkeit" im Frühjahr anschließen möchten. Außerdem noch verdeckte Angelegenheiten geregelt, auch bekannt gegeben worden war, daß der Kollege Sohla die Beleidigung gegen den Vorstand des Zweigvereins wieder zurückgenommen habe, wurde die Verhandlung vom Vorstehern G. Lenz mit einem dreifachen Hoch auf das Gebeten des Verbandes geschlossen.

Der Zweigverein Gr.-Schöneweide hielt am 18. Oktober seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Tagesordnung: Abrechnung vom 8. Quartal und Verhandelnes. Da der Kassierer durch Krankheit verhindert war zu erscheinen, so wurde die Abrechnung vom Vorsteher verlesen. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Alsdann wurde vom Vorsteher der vorjährige Verhandlungsbefreiungsergültig. Das müsse anders werden, denn wir hätten durchaus keinen Anlaß, die Hände untautig in den Schoß zu legen. Wenn man bedachte, unter welch schweren Gefahren bei ungerechten Lohn die Maurer arbeiten müssen, dann sei die Gleichgültigkeit der Kollegen kaum fassbar. Darum auf, Kollegen! Sofset neuen Mut, werdet ab die Trägheit und Gleichgültigkeit, die Euch einfallen! Beucht fleißig die Verhandlungen, damit wir immer wieder unsere Lohns beschreiben können. Es wurde dann noch von der Verhandlung beschlossen, regelmäßig alle Monat eine Versammlung abzuhalten, und zwar den Sonntag vor dem 1. Jeden Monats, 8 Uhr Nachmittags.

Der Zweigverein Gaben hielt am 22. Oktober eine außerordentliche, ziemlich gut besuchte Mitgliederversammlung ab, um Stellung zu nehmen in der Baubudenfrage. Bei dem Zweigvereinsvorstand waren zahlreiche Bevölkerungen in Bezug auf die schlechte Beschaffenheit der Baubuden eingegangen, namentlich wurde darüber gefragt, daß, entgegen den Vorstellungen, wonach vom 15. Oktober ab die Baubuden mit Defensivverschluß sein müßten, in vielen Baubuden Dosen nicht vorhanden sind. Der Vorstand sah sich also genötigt, einmal hiergegen Stellung zu nehmen. Es wurde beschlossen, eine Bautechnikvorstellung vorzunehmen, um einmal die Missstände in ihrem ganzen Umfang kennen zu lernen. Die Kontrolle hat ergeben, daß einige Baubuden sich in sehr gutem Zustande befinden, während andere auch wieder zu winzigen übrig geblieben, auf einigen Baubuden gar keine Dosen vorgefunnen und in anderen wurde Material gelagert. Diese Baubuden sind zum guten Teil von den Mitgliedern selbst verhübt, indem sie es in der letzten Zeit sehr an dem guten Willen, die Verbandsbücher zu fördern, haben fehlten lassen. Als ein Beispiel für die Gleichgültigkeit der Mitglieder mag ein Fall angeführt werden, der bezeichnend für das Verhalten der Kollegen ist. Die Kollegen von der Kurnhalle der

Bauhütte 6 waren zu einer Vorstandssitzung eingeladen worden, aber nicht erschienen. Sie ließen dem Vorstand einfach sagen, es solle nur froh sein, daß sie überhaupt im Verband seien. Daß diese Kollegen mit ihrer Ansicht nicht allein dastehen, beweist der schwache Versammlungsbefreiung. Es ist also erklärlich, daß bei einem solchen Geist unter den Mitgliedern sich leicht Missstände aller Art einbürgern, die wenn die Mitglieder auf dem Kosten wären, leicht hätten verhindert werden können. Wenn man die Kollegen hierauf auferksam macht, predigt man tauben Ohren, und es bleibt bei dem alten Schlimmsten. Den Vorteil davon haben natürlich die Unternehmer, die ihr auch wahrgenommen verstehen und so lange wahrnehmen werden, bis die Kollegen wieder einmal aus ihrem Schloß austreten und sich zu energetischer Abwehr aufstellen. Es wünschen wäre es, daß dies bald geschieht, damit der Schaden nicht allzu groß wird.

In Hannover tagte am 27. Oktober die regelmäßige Mitgliederversammlung, in welcher der Vorsteher die Abrechnung vorlegte. Da die Revisorin befähigten, daß Gelde, Bücher und Marken in bester Ordnung seien, wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Auf eine Anfrage des Kollegen Müller, ob das Gericht wahr sei, daß aus der Lofalkasse Unterstützungen gewährt werden seien, erwiderte der Vorsteher, daß Unterstützungen nur aus freiwillig gehobenen Geltern gegeben wurden. Der Vorsteher machte ferner bekannt, daß folgende 15 Kollegen wegen Ablehnung der Gründung einer Puzzellition aus dem Verband ausgetreten sind: Pipel, Fritz Kühs, Blome, Aug. Sander, Lars Sander, Willibald, Hellström, Floh, Karl Bertram, Eickemeier, Wilh. Stode, Dämning, Aug. Sattler, Heimbach und Höller. An Stelle des Kollegen Wille, der seinen Posten niedergelegt, wurde Franz Huff als "Grundstein" Verbreiter gewählt. Die Beschwerde gegen Kramm, der während der Aussverhandlung gearbeitet haben soll, muß ruhen, da es keiner Militärsicht genügen muß. Beschlossen wurde, daß mit einer Ausprägungsmarke Schluß gemacht wird. Die Kollegen, die Lohnabordnung erhalten und nicht zurückgezahlt haben, sollen förmlich aufgefordert werden, binnen 14 Tagen ihre Rechnung zu begleichen. Beim Unternehmer Ilse ist der Baudelegierter entlassen. Als am anderen Morgen die Arbeit niedergelegt wurde, konnte der betreffende Kollege wieder anfangen, mit dem Vorbehalt, daß die Sache dem Eingangsamt unterbreitet wird. Gerücht wurde es, daß auf dem Bau "Hartmanns Hotel" kein Delegierter sei. Nach langer Debatte, in der betont wurde, daß es oft schwer halte, auf einem Bau einen Delegierten zu gewinnen, wurde beschlossen, gemahngerechten Delegierten ebenfalls 14 Tage mit vollem Lohn und 14 Tage in Höhe der Streitunterstützung zu entschädigen. Schließlich wurde der Antrag angenommen, daß beim Unternehmer Dörfmann die Überflussfinden zu studieren seien.

Am Mittwoch, den 21. Oktober, lagte die Mitgliederversammlung des Kieler Zweigvereins. Als erster Punkt stand die Belohnung der Bautechnikkommission durch die Innung Bautechnik auf der Tagesordnung. Der Delegierte der Bautechnikkommission berührte die "Warning" (Siehe Nr. 44 unter "Zum Bau"). D. R.) und führte aus, daß hierdurch die gesamten Bauarbeiter belebtig werden. Ferner kritisirt er die Antwortschreiben des Bürgermeisters Lorenz, der der Ansicht ist, er habe Beamte genug zur Bautechnik. Bewiesen sei aber, daß Bauten noch in demselben Zustand gefunden worden werden, daß in einer Kritik vor sechs Wochen gerügt wurde; z. B. die Käfermühlenbauten. Er könne sich die "Warning" der Innung deshalb nur so auslegen, daß man die lästige Bautechnikkommission los werden will. Die Bautechnikkommission habe aber beschlossen, die Bauten nach wie vor scharf kontrollieren, die erlaubten Bauarbeiterkonto-Bestimmungen nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch wirklich durchgeführt werden. Zur Debatte wurde von allen Rednern die von der Innung ausgestoßene Verdächtigung scharf zurückgewiesen, und von einem Redner wurde ein kräfter Hall zur Kenntnis gebracht: In Ellerbeck-Wellingdorf sei die Baubüro des Unternehmers Götz aus Mönchengladbach in einem ganz unerträglichen Zustande. Die Bude sei auch vor circa sechs Wochen von einem Beamten beschäftigt worden, jedoch sei ihm Zustand heute noch derselbe. Die Kollegen hätten sich darüber beschwert, aber der Unternehmer habe ihnen erwidert, dann sollten sie man wieder nach der Probstei gehen. Hierzu wurde folgende Resolution angenommen: "Die heute im 'Englischen Garten' tagende Mitgliederversammlung weiß die schweren Verdächtigungen der Innung 'Bauhütte', wonach die Arbeitsschutzvorschriften abschlich entfernen sollen, mit Entrüstung zu urteilen. Die Maurer machen sich's von jetzt an zur Pflicht, sämtliche Missstände auf Bauten der Bautechnikkommission mitzutragen, damit diese an maßgebender Stelle für Abhilfe sorgen kann und die Arbeit auf die Weise den ihnen gewährten Schutz erlangen". Zum zweiten Punkt wurde die Abrechnung vom 8. Quartal erörtert. Die Innungnahme war ins. Kassenbestand M. 14.789,32, die Ausgabe M. 11.715,18, bleibt ein Lofalkassenbestand von M. 3074,32. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Zum Käfermühlenbericht wurde hauptsächlich auf die Gewerbevertretungen hingewiesen und betont, daß auf sämtlichen Bauten die Baudelegierten darauf hinzuwirken haben, daß die Kollegen sie bis zum 29. Oktober in die Wählerlisten eintreten lassen. Ferner wurde über fünf Kollegen verhandelt, die bis zum 1. November fliegen. Beschlossen wurde: Wenn sie sich nicht bis zum 1. November fliegen, erfolgt der Ausstoss. Dann werden einem erkannten Kollegen M. 20 aus der Lofalkasse bewilligt. Die ferne Unterstützung soll in der nächsten Verhandlung geregelt werden.

Im Münster-St. Jakob wurde in Büchsen Restaurant am 25. Oktober eine gut besuchte öffentliche Maurerversammlung abgehalten. Es war die erste Versammlung, trotzdem am betreffenden Orte schon über fünf Jahre eine Zunftstelle des Verbandes besteht. Es war bis dato nicht möglich, einen Wirt sowohl zu benennen, daß er den Maurern sein Lofal zur Verfügung stelle. Die Tagesordnung, der Verhandlung lautete: "Die Lohnbewegung der Maurer Deutschlands und die Taktik der Unternehmer". Unser Gaubauherr, Kollege Gust. Jakob, referierte darüber. Mit großer Aufmerksamkeit folgten die Anwesenden seinen Ausführungen und reicher Beifall lohnte den Redner für seinen trefflichen Vortrag. Weiter beschäftigte sich die Versammlung mit der Geschäftszettelung der Zunftstelle Münster mit dem Zweigverein Bünde. Alle Kollegen, die sich an der Diskussion beteiligten, mit Ausnahme Jahn-Bielefeld, zeigten wenig Interesse für eine Verhandlung. Ein endgültiger Beschluss in dieser Sache konnte auch nicht gefasst werden. Schließlich gelangte ein Antrag zur Annahme, wonach die Angelegenheit bis zur nächsten Versammlung vertagt wird. Zum Schluß forderte der Vorsteher die Anwesenden auf, auch ferne

ein recht zahlreich in den Versammlungen zu erscheinen. Mehrere Kollegen stießen sich in den Verband aufzunehmen.

Eine öffentliche Versammlung aller Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter Oldenburgs und Umgegend, die von etwa 800 Personen besucht war, fand am 20. Oktober im "Vereinshaus" statt. Das Referat über: "Brot und Leben der Gewerkschaftsorganisation" hielt Genosse Gräning-Hamburg. Es hatte den Erfolg, daß sich 21 Zimmerer, 15 Maurer und 12 Bauarbeiter ihrer Organisation anschlossen. Im zweiten Punkt der Tagesordnung, "Lohnforderung für das nächste Jahr", erstaute der Gesellenausschuß, der in früheren Mitgliederversammlungen beauftragt worden war, hierzu Stellung zu nehmen, Bericht über seine bisherige Tätigkeit in dieser Sache. Der Altegrat führte folgendes aus: Da die Kollegen in der letzten Zeit wohl die Erfahrung gemacht haben, daß ohne eine starke Organisation fehlt der Gesellenausschuß in der Verbesserung der Lage der Berufskollegen nichts leisten kann, hält er es für die Pflicht eines jeden Kollegen, sich seiner Berufskontrolle anzuschließen. Auch verkennt er durchaus nicht, daß unsere Lage verbessert werden muß; denn die Lebensmittel sind bedeutend teurer geworden, die Mieten gehen enorm in die Höhe und die Steuern wachsen von Jahr zu Jahr. Es wäre ein Ding der Unmöglichkeit, ohne Lebensunterhalt bei einem Stundenlohn von 38 bis 40  $\varphi$  jedem gerecht zu werden. Schon für die Steuern müßte sich ein Arbeiter am Ende zwei Wochen, im Jahre abquälen, und doch verdient man hier doch höchstens 40-700 im Durchschnitt. Bei diesem Verdienst sind vielleicht  $\frac{1}{6}$  zur Einmonatsrente eingeschüttet, dazu kommen 25 pfl. Extraausfall und die Kommunalabgaben, so daß bei obigem Verdienst eine Steuerausgabe von  $\text{M} 82$  und häufig noch mehr zu leisten ist. Eine Wohnung kann man unter den heutigen Verhältnissen auch nicht unter  $\text{M} 150$  bis  $\text{M} 180$  erhalten, und daneben soll der Lebensunterhalt und die Kleidung auch noch beschafft werden. Aber das nicht allein, auch für den Winter soll der Bauarbeiter noch sparen, und das ist bei den jetzigen Löhnen unmöglich! Da die Löhne in der ganzen Umgegend bedeutend höher sind als hier, sieht sich der Gesellenausschuß veranlaßt, im Auftrage der drei Organisationen der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter bei der Innung eine Lohnherabsetzung auf 45  $\varphi$  resp. 35  $\varphi$  ab 1. Mai 1904 zu beantragen. Daneben wollen wir natürlich auch die anderen Forderungen, als da sind: Verbesserungen der Baubaulen, Aborte, Gerüste usw. aufrechterhalten. Von einer Verkürzung der Arbeitszeit hat der Gesellenausschuß abgesehen, da diese Forderung vorausgeschickt steht doch nicht für Oldenburg durchführbar ist. Hieran schloß sich eine rege Diskussion, an der sich unter verschiedenen bürgerlichen Kollegen auch der Gauvorstand der Bauarbeiter, Gräning, und der der Maurer, Kollege Süderhein-Bremen, beteiligten. Hierauf wurde einstimmig eine Resolution angenommen, welche besagt, daß sich die Versammlung voll und ganz mit den Maßnahmen des Gesellenausschusses einverstanden erklärt. Wenn die Innung die minimale Forderung von 45  $\varphi$  pro Stunde nicht bewilligt, sollen 30  $\varphi$  Stundenlohn und die Verkürzung der Arbeitszeit um  $\frac{1}{2}$  Stunde gefordert werden. Dieser Forderung soll Nachdruck verliehen werden. Da weiter nichts vorlag, wurde die Versammlung mit dem Hinweis, daß keiner das Votum verlassen solle, bevor Mitglied seiner Organisation geworden sei, und mit einem Hoch auf die Organisationen der Arbeiter um 8 $\frac{1}{2}$  Uhr geschlossen.

In Bremen lagte am 21. Oktober eine gut besuchte Bauarbeiterversammlung mit der Tagesordnung: "Wie stellen wir uns zu den jetzt schon vorgekommenen und noch zu erwartenden Lohnabfällen?" In erster Linie kommt Baumeister Horn in Frage. Vertreter der Zimmerer, kritisierte das ungerechte Vor gehen Horns gegen die Zimmerleute. Eine größere Anzahl Zimmerer waren an einem Bau auf dem Sonnenstein in Arbeit. Freitag früh muhten sie aber zu ihrer Verwunderung hören, daß acht Mann Feierabend belohnt mit dem Bemerten, es wäre nichts mehr zu thun. Die Arbeiter waren aber sehr schon stundenlang gelauft; es hätte ihnen doch mindestens am Tage vorher gesagt werden müssen, daß sie nicht weiter arbeiten sollten. Sonnabend muhten sämliche Arbeiter erfahren, daß von der nächsten Woche ab der Lohn um 2 $\frac{1}{2}$  reduziert werden sollte. Wer dafür nicht arbeiten wollte, könne gehen. Da nun aber ziemlich alle Arbeiter organisiert sind, legten Montag, 18. Oktober, etliche 40 Mann die Arbeit nieder. Herr Horn hatte sich eben sehr geküsst. Sämtliche Arbeiter verlangten nun nicht bloß ihren alten Lohn wieder, sondern sie forderten statt 32 34  $\varphi$ . Montags, als der Vertreter der Maurer und der Zimmerer vorstellig wurden, stellte sich Herr Horn sehr doppeltzig. Mittwoch, in der Versammlung, erklärte ein Zimmermann: Horn ist gewillt, wieder sämliche Arbeiter einzuladen, sobald der alte Lohn. Dies wurde aber abgelehnt. In der Debatte sprachen sich die Kollegen Bons, Bürger, Neumann und Hugel im Sinne der Streitenden aus und forderten diese auf, muß im Kampf auszuhalten, was auch geschah. Donnerstag war Herr Horn sehr gespannt, zu unterscheiden, was auch geschah. Die Verhandlung fiel zu Gunsten der Streitenden aus. Der Lohn für Maurer und Zimmerer wurde auf 34  $\varphi$  und für Arbeiter auf 27  $\varphi$  erhoben.

Am 17. Oktober fand in Planen i. Vogtl. eine öffentliche Maurerversammlung statt, die leider nur von etwa 200 Kollegen besucht war. Kollege Menze-Dresden hielt an Stelle des verhindert gewesenen Kollegen Beyer das Referat abnommen und sprach in 14 flüssigem Vortrage über: "Die Aufgaben des deutschen Maurerverbandes". Nebner erledigte sich seiner Aufgabe zur Zulässigkeit der Versammlung, und es wurde ihm für seine Ausführungen reicher Beifall gezeigt. Alsdann wurde sofort gerichtet, daß auf verschiedenen Bauten die einflündige Mittagspause nicht innegehalten wird. Pflicht der organisierten Kollegen muß es sein, dabei zu wirken, daß hier Abschüsse geschaffen wird; wenn gerade jetzt ist uns die Zeit günstig, da die bekannten Baumeister beim Streik jetzt in ihre Heimat ziehen. Auch wurde lebhafte Klage darüber geführt, daß von den zu gereichten Dresdener Kollegen sehr viele Auffordernisse anfangen. Herner wurde von verfeindeten Kollegen betont, daß auf den meisten Bauten die behördliche Bestimmungen betreffs Bauarbeiterabschüsse nicht innegehalten werden. Diese Angelegenheiten wurden der Bauarbeiterkommission überwiesen, die der Behörde um Abschluß vorstellt werden soll. Die nächste Versammlung findet Mittwoch, 11. November, Abends 8 Uhr, statt.

Die Kollegen von Podejuch werden hierdurch dringend gebeten, sich mal endlich aufzuraffen und ihre Tätigkeit für die Organisation auch dadurch zu befürben, daß sie die Versammlungen besuchen. Jeder Kollege sollte doch wahrscheinlich einen Interesse-

baran haben, daß wir es wieder zu einem einheitlichen Zusammensetzen bringen. Die Versammlungen werden Sonntag nach dem ersten eines jeden Monats bei Ernst Kleink, Klosterstraße abgehalten.

Donnerstag, den 23. Oktober, tagte in Rethenow, im洛ate „Zur Eintracht“, eine gut besuchte öffentliche Maurerversammlung. Der Gauvorstand Kollege Süderhein führte den Kollegen vor Augen, welchen Nutzen sie durch die Organisation bisher gehabt haben. Nebner ließ die gewerkschaftliche und politische Arbeitsergebnisse Revue passieren und zeigte besonders, aus welchen kleinen Anfängen und unter welchen schwierigen Verhältnissen sich die Maurerorganisation zu dem jetzt kräftig dastehenden Centralverband entwickelt habe. Zum Schlus rief der Referent den Kollegen zu: „Feder der Jungen muß tagtäglich mitarbeiten an dem Ausbau der Arbeiterorganisation, zur Verbesserung der Menschheit.“

In Melchingen i. W. wurde am 26. Oktober eine öffentliche Maurerversammlung abgehalten. Kollege Koch-Leipzig referierte über: „Harmonie zwischen Arbeit und Kapital“. Der Referent erläuterte die Begriffe Arbeit und Kapital. Die Ergebnisse, die der Nebner in das richtige Licht zu rücken wußte, haben jeden Kollegen so recht überzeugt, daß es seine Harmonie zwischen Arbeit und Kapital geben kann. Das Unternehmertum hat ein Interesse daran, doch immer eine möglichst große Anzahl Arbeitsloser vorhanden zu sein. Der Nebner führte hierfür eine ganze Reihe schlagender Beweise an. Auch möge man sich an das Niedrige Urteil erinnern. Alle die Vorvornimme beweisen, daß es keine Harmonie zwischen Arbeit und Kapital geben können. Nebner schloß seinen Vortrag: „Es muß Aufgabe der Arbeiterklasse sein, Gesellschaftszustände zu schaffen, bei denen eine Harmonie zwischen Arbeit und Kapital geben kann.“

Das Unternehmen wurde einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten völlig einverstanden und ist überzeugt, daß unter den heutigen Verhältnissen an keine Harmonie zu denken ist. In Erwidigung dessen verpflichtet sich alle Anwesenden, für den weiteren Ausbau der gewerkschaftlichen, wie politischen Organisation einzutreten.“ Kollege Ludwig rügte sofort die Aufforderung, zur Erreichung der Stundenlöhne und zur Einheitlichkeit unter den Kollegen zu sein. Dann verlas der Vertrauensmann die Abrechnung vom dritten Quartal, die von dem Reditor, Kollegen Kraatz, bestätigt wurde. Um die Agitation in der Umgegend mehr zu betreiben, wurde Kollege Koch beauftragt, im Gauvorstand für Mittel und Wege zu sorgen. Besonders im oberen Vogtland muß die Agitation energischer betrieben werden.

In Schwerin i. M. fand am 20. Oktober eine Mitgliederversammlung statt. Ganzadit wurde die Abrechnung vom dritten Quartal verlesen. Für die Hauptklasse wurden  $\text{M} 1054$  eingenommen und ebensoviel ausgegeben. In der Losfallasse verblieb bei einer Einnahme von  $\text{M} 409,42$  und einer Ausgabe von  $\text{M} 189,23$  am Schlus des Quartals ein Bestand von  $\text{M} 270,19$ , die Mitgliederzahl betrug 170. Die Abrechnung wurde genehmigt. Hierauf erstattete der Vorstand, Schönhof, Bericht über das Ergebnis der Bautenkontrolle am 8. Oktober. Es wurden an diesem Tage 81 neu- und Bausubstanzen einer Revision unterzogen. Hieron waren 8 vollständig in Ordnung, während auf 8 Bauten die Unfallberichtigungsboßristen fehlten und auf 8 Bauten waren die Abortanlagen ungenügend und den fiktiven Ansprüchen nicht entsprechend. Schätzgerüste fehlten auf 2 Bauten und Brüstwehren an Bodesten und außerhalb der Leitergänge an 14 Bauten. Der Auftritt zu den Bauten wurde der Kommission, die ihre Revision während der Arbeitszeit vornahm, auf allen Bauten, bis auf zwei, gestattet. Beabsichtigt wird bei späteren Revisionen die Namen der verantwortlichen Personen, bei denen Mängel vorgefundene werden, oder die den Zutritt zu der Baustelle verbieten, zu veröffentlichen, auch soll der Gesellenausschuß in dieser Sache bei der Annahme vorstellig werden. Weiter soll der Gesellenausschuß dem Innungsvorstand den Beschluß auf Erhöhung des Lohnes von 45 auf 48  $\varphi$  unterbreiten und befürworten.

Am 25. Oktober fand in Stettin eine öffentliche Maurerversammlung statt, die trotz der regen Agitation, die dafür vom Vorstand des Zweigvereins Muhrort entfaltet worden war, nur von 81 Kollegen besucht war. Kollege Kraatz aus Dortmund führte den Anwesenden die Gewandtheit der Organisation klar vor Augen, indem er die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Stettin mit denen in anderen Orten verglich. Während das Unternehmertum schon in Seiten guter Bauarbeiterjuntur in der Lage ist, die Arbeiter niederschützen, sehen wir, daß in den Orten, wo eine gute Organisation besteht, es den Arbeitern sogar in wirtschaftlich schlechter Zeit noch möglich war, Vorteile für sich von den Unternehmern herauszuschlagen. Zum Schlus ermahnte Nebner zum Eintritt in den Verband, damit auch hier bald bessere Verhältnisse geschaffen werden könnten. (Der Schriftführer wird erachtet, die Bericht mit Tinte zu schreiben, damit wir uns nicht unndig die Augen verderben. Die Redaktion.)

Mittwoch, den 21. Oktober, hielt der Zweigverein Stettin eine Mitgliederversammlung ab. Ganzadit wurde der Fall Grimm und Genossen erledigt. Diese Kollegen hatten sich gegen die Interessen des Verbannes vergaangen, indem sie sämtliche Bogen auf dem Bau Gebiß im Alsfeld übernommen hatten. Es ist dies das neueste in Stettin, auch wurden noch drei auf dem Bau arbeitende Kollegen von diesen Alsfeldmännern verhaftet. Wegen dieser Verhaftungen wurde die Gebr. Höhne-Stettin ausgeschlossen. Die Gebr. Grimm konnten, weil sie dem Zweigverein Gollnow angehören — der eine Grimm ist sogar Vorsteher dieses Zweigvereins —, nicht ausgeschlossen werden, doch soll der Verbandsvorstand erachtet werden, den Ausdruck zu vollziehen. Hierauf hielt Genosse Storch einen Vortrag über die Bedeutung der Landtagsabwesen. Nebner schüberte in treffenden Worten den Zweck und die Handhabung der Landtagswohnen; jeder Arbeiter müsse sich mit allem Fleiß daran beteiligen, damit wir auch unsere Vertreter in den Landtag entsenden; reicher Beifall wurde dem Nebner zugeteilt. Sobald verlas der Stoffler die Abrechnung vom dritten Quartal, die eine Einnahme der Losfallasse von  $\text{M} 684,75$  ergab; die Einnahme der Losfallasse beträgt  $\text{M} 559,19$ , die Ausgabe  $\text{M} 603,12$ , mittlerer Bestand  $\text{M} 455,07$ . Die Abrechnung wurde für richtig befunden und der Stoffler entlastet. Weiter wurde beschlossen, die Kollegen, die bei der Bausubstanz B. Schulz, der zu viel erhalten hat, noch nicht zuverlässiger handeln, aufzufordern, es spätestens bis nächsten Sonnabend zu tun, widergetrenfalls sie ausgeschlossen werden. Daselbe soll geschehen mit den Kollegen,

die dem Zweigverein noch Darlehn oder sonstige Gelder schulden. Alle säumigen Beitragsschulden, einige Kollegen sind noch mit ihrem Beitrag weit im Rückstand, werden aufgefordert, ihre Rückstände zu begleichen, bevor es Winter wird. Nachher, wenn es erst kalt wird, ist mancher West wohl willig, aber die Mittel sind schwach. Den Zweigvereinen Stettin und Randon-Grefsenhagen wurden je  $\text{M} 60$  zur Landtagsagitation bewilligt. Der Vorstande macht bekannt, daß am 9. November bei Möve eine Versammlung stattfindet, in der Stadtordner Genosse Vogelstern referiert.

Der Zweigverein Stolp hielt am 22. Oktober seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die lediglich gut besucht war. Kollege Schwarz-Danzig hielt den Anwesenden einen interessanten Vortrag über: „Die Lebenshaltung der Arbeiter“. Unter Führung vieler Beispiele zeigt der Nebner nach, daß eine aus fünf Köpfen bestehende Familie notwendigerweise  $\text{M} 4$  täglich für die Nahrung aufzuhenden müsse. Daran können leider die Maurer oder die noch schlechter bezahlten Arbeiter zur Zeit noch gar nicht denken. In Stolp bringt ein Maurer es vielleicht auf einen Jahresdienst von  $\text{M} 700$ . Diese Summe ist aber für eine mittelgroße Familie lange nicht ausreichend zur Beschaffung der Lebensmittel, geschweige das Ausgaben für Wohnung, Kleidung usw. Die Kollegen von Stolp und Umgegend haben es daher dringend nötig, mit ihrer Lage unzufrieden zu sein, aber auch für Verbesserung zu sorgen. Dies kann nur geschehen, wenn alle einmütig zusammenstehen und an den weiteren Ausbau der Organisation arbeiten. — Der Vorstande berichtet, daß der Zweigverein eine Anzahl Blätter besitzt. Es sei aber wohlbekannt, daß die Zweigvereine eine Anzahl Blätter besitzen. Es sei aber wohlbekannt, daß die Blätter mit einigen wertvollen Büchern zu verbinden, damit die Kollegen im kommenden Winter die Zeit recht zur Verbesserung ausnutzen können. Der Vorschlag fand die Zustimmung der Versammlung.

Der Zweigverein Straßburg hielt am 17. Oktober seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die im Verhältnis zu den Mitgliederzahlen nur schwach besucht war. Zur Betreibung der Hauptagitation und als Hilfsstifter wurden hier Kollegen gewählt. Mit der Ausstellung eines Vorstandes für den Gau Bremen erklärte die Versammlung einstimmig. Die Versammlung fand in dem Lokal der Straßburger Arbeiterklasse, im Gewerkschaftshaus, statt. Gestuft wurde, daß das Unternehmen von den Kollegen nicht genügend unterstützt werde.

Am Freitag, 18. Oktober, hielt der Zweigverein Stuttgart seine jährliche Generalversammlung ab. Der Vorstande gab bekannt, daß die Delegierten der Gaukonferenz ihren Bericht erst in der nächsten Versammlung erläutern könnten. Ferner gab er bekannt, daß zweien Kollegen aus Schwäbisch Hall vom Vorstand Nichtzulassung bewilligt werden sei. Hierauf verlas der Stoffler die Abrechnung des dritten Quartals. Einnahme und Ausgabe für die Hauptklasse beträgt  $\text{M} 742,50$ . Die Einnahme der Losfallasse beträgt  $\text{M} 563,23$ , die Ausgabe  $\text{M} 742,45$ , so daß ein Kostenbestand von  $\text{M} 210,77$  verbleibt. Zum Vorstandsbereich führte Kollege Ehre aus: Im verflossenen Jahre sind 28 Mitgliederversammlungen und drei öffentliche Versammlungen abgehalten worden. Der Vorstand regelte die Geschäfte in 8 Sitzungen; weiter wurden drei kombinierte Sitzungen mit Vertretenen der anderen Bauhandwerkerverbänden abgehalten. Der Stoffler in Bussenhausen dauerte etwa 14 Tage und kostete  $\text{M} 650$ . Die Kollegen erlitten einen Lohnausfalltag, von 2  $\frac{1}{2}$  pro Stunde und eine zehnständige Arbeitszeit. Fehlzeiten wurden nur drei veranlaßt; eine Weihnachtsfeier, ein Sitzungsfest in Stuttgart und ein Sommerfest in Bremenland. Die Zahl der Mitglieder betrug am Schlus des dritten Quartals 840. Der Rückgang der Mitgliederzahl ist der schlechten Bauarbeiterjuntur zuzuschreiben, insgesamt zeigten sehr viele Kollegen von dieser ab. Bei der hierauf vorgenommenen Neuwahl des Vorstandes wurde Kollege Stolle als Vorsteher und Kollege Thorwart als Stoffler gewählt. Im Punkte „Beschließend“ kam Kollege Stolle auf die in letzter Zeit ausgebogene Statistik zu sprechen. Er wird darauf hin, daß diese noch lange nicht so ausgeschöpft ist, wie sie sein sollte; es müsse soweit gebracht werden, daß jeder Kollege seinen Lohn bekanntgibt, damit die Bauarbeiterjuntur Beweismaterial in Händen habe. Dies sei aber zu erreichen, wenn der lezte Mann, der in Stuttgart arbeitet, seiner Organisation angehört. Überhaupt sei es Pflicht eines jeden Kollegen, die Agitation, daß wir sämliche Kollegen, mit Ausnahme der Streitende, der Organisation zu führen. Hierauf schloß der Vorstande mit einem kräftigen Appell die leider nur von 47 Kollegen besuchte Versammlung.

In Wanne wurde am 24. Oktober eine Mitgliederversammlung abgehalten, die leider schwach besucht war. Ein Kollege, daß die Maurer von Wanne die Notwendigkeit der Organisation noch nicht erkannt haben. Es wäre aber die höchste Zeit, daß die Kollegen mal aus ihrem langen Schlaf erwachen, sich ihrer schwachen Lage bewußt werden und sich der Organisation anschließen möchten, denn nur dadurch ist es möglich, bessere Löhne und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Kollege Weise aus Bodum referierte über die Notwendigkeit der Organisation. Es wurde beschlossen, am 18. November eine öffentliche Maurerversammlung abzuhalten.

Am 14. Oktober, Abende 8 Uhr, fand in Bittau im Fleischwaren „Bürgergarten“ eine sehr gut besuchte öffentliche Maurerversammlung statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Das Resultat der diesjährigen Lohnbewegung im Centralverband der Maurer Deutschlands“, hatte Kollege Knappe-Görlitz das Referat übernommen. In sehr ausführlicher Weise schüberte er den Verlauf der verschiedenen Seite und Aussprachungen. Wenn auch an einzelnen Orten die Forderungen der Kollegen nicht ganz befürwortet worden sind, so sind doch die Herren Unternehmer arg dabei zu Schaden gekommen und sie werden es sich in Zukunft wohl reichlich überlegen, ob sie wieder auf einen solchen Kampf ankommen lassen sollen. Vertreter des Centralverbandes, durch Aussprachungen mehrfach Nebner, daß die Absicht des Unternehmertums, durch Aussprachungen unsere Organisation zu zerstreuen, gerade in das Gegenteil umgedreht ist. Die Kollegen, welche von der Aussprachung betroffen wurden, haben gerade dadurch erkannt, daß nur durch eine sehr Organisation unsere Interessen gehoben werden können. Nebner schloß seine Aussprachungen. Zum zweiten Punkt: „Wie stellen wir uns den hier am Orte gemachten Lohnabfällen?“ gab der Centralverbandsmann bekannt, daß schon einige Unternehmer Echnazialje vorgenommen haben, andere schon angekündigt, in nächster Zeit ebenfalls weniger zu zahlen. Wie jetzt haben sich die Bittauer Maurer Jahr für Jahr alles dieses so ruhig gefallen lassen, und das Bittauer Unternehmertum glaubt nun ein Blecht darauf zu haben, den Lohn willkürlich

zu fürzen. Diesem Treiben müssen wir entschieden Einhalt gebieten." Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: "Die heute im 'Bürgergarten' tagende öffentliche Maurervertammlung verspricht, mit aller Entschiedenheit irgendeine Vorbereitung zur Rückzuführung." Zum dritten Punkt verlief der Vertrauensmann die Abrednung vom dritten Quartal, die zu Einwendungen keinen Anlaß bot. Als dann noch einige Widersprüche auf dem Gottwaldhause Bau einer Artifiz unterzogen worden waren, wurde die Versammlung mit der Aufforderung, eine kräftige Agitation für unsere Organisation zu entfalten, geschlossen.

## Pom Bau.

### Unfälle, Arbeitsschutz, Submissionen etc.

**Fürth.** Zwei schwere Unfälle an einem Tage. Am Neubau der Solbanschen Villa brach ein Gerüst, wobei zwei Arbeiter zu Fall kamen und einer sich schwere Verletzungen zog. Der Gerüstbruch ist auf Überlastung des Gerüstes zurückzuführen. — An einem Neubau in der Königswarterstraße stürzte ein Arbeiter ab und erlitt einen Armbruch.

**Graudenz.** Am 24. Oktober stürzte in der fünften Etage eines Neubaues an der Schedlerstraße eine Betondecke nieder. Die Schuttmasse durchdrang die darunter liegende Decke und so ging es fort bis in den Keller hinein. Drei Maurerarbeiter wurden verletzt; einer davon war schon bei der Bergung seinen Wunden erlegen, während die anderen beiden zwar noch lebend aber schwer verletzt unter den Trümmern hervorgeholt werden konnten. Der Einsturz ist auf mangelhafte Befestigung der Schalung zurückzuführen, die sogenannten Padenhaken haben versagt und sind nicht richtig angewendet worden. Die Arbeit wurde von ungelerten Arbeiten ohne Aufsicht eines Fachmannes ausgeführt.

\* **Einführung eines älteren Baugewerbes.** In Danzig ist am 31. Oktober auf dem Gelände der Gasanstalt das ältere Gerüst zum Neubau eines Kühshauses und Lagerzappens eingestürzt. Zwei Arbeiter kamen unter die schweren Eisensteile zu liegen. Drei der Verunglückten sind ihre tödlichen Verletzungen bereits erlegen. Auch die übrigen fünf werden kaum alle mit dem Leben davonkommen. Bei der Auflösung des Eisengewerbes sollen meistens Gelegenheitsarbeiter beschäftigt werden, kein, die solche Arbeiten wohl kaum jemals zuvor gesehen haben. Die Unternehmer Hein & Lehmann in Reinickendorf bei Berlin, zählen für diese schwere Arbeit 30 & pro Stunde und sie können für solchen Lohn nicht genugend Arbeitskräfte bekommen. — Sogenannte ungünstige Zusätze sind bei dem Einführung wohl kaum in betracht zu ziehen.

### Aus Unternehmertümern.

\* **"Streikende" Unternehmer.** Die Stadtverwaltung von Elberfeld hat fürzlich beschlossen, bei städtischen Bauten die Maurerarbeiten und die Lieferung der Maurermaterialien stets getrennt zu vergeben. Hiergegen hat die dortige Freie Baugewerks-Sinnung nicht nur protestiert, sondern auch einstimmig beschlossen, daß ihre Mitglieder auf Ausschreibungen nach dem neuen Verfahren bis auf weiteres keine Angebote abgeben.

\* **Zur Generalversammlung des Unternehmertumsverbandes.** Der Vorstand des Verbandes der Baugewerbe von Berlin ist nach wie vor unzufrieden mit der Geschäftsführung im "Deutschen Arbeitgeberbund" für das Baugewerbe. Schon auf früheren Generalversammlungen machten sich von Berlin aus Stimmen bemerkbar, die darauf abzielten, Herrn Felsch abzulösen, weil er in manchen Punkten wohl etwas eigenmächtig und selbststreichlich vorgeht. Es ist ja auch bekannt, daß Felsch durchaus nicht mit dem Berliner Verband in Sachen der Tarifgemeinschaft eingig ist über eine der letzten Sitzungen des Berliner Verbandsvorstandes, die sich mit der Tagesordnung der Bundes-Generalversammlung beschäftigte, berichtet das Centralblatt für das deutsche Baugewerbe:

"Eine lange Diskussion knüpfte sich besonders an den Punkt 2 der vorliegenden Tagesordnung: Neuwahl für die ausstehenden Vorstandsmitglieder. In der ausgedehnten Diskussion wurde hingewiesen auf die dem Bundesverband und der Streikbewegung des vergangenen Jahres wenig entsprechende Tatsache, daß nur eine einzige Vorstands-sitzung angetreten und abgehalten und die Bundes-Publicationen einseitig vom Vorstehenden und dessen Stellvertreter redigiert seien. Von den in Vorschlag gebrachten Anträgen wurde der auf Einschaltung eines geschäftsführenden Ausschusses, ferner der auf Herausgabe eines Jahresberichts, sowie einer vergleichenden Zusammenstellung der im deutschen Baugewerbe geltenden Tarifverträge zur Unterbreitung bei der Generalversammlung angenommen, während ein auf Petitionierung um Auslegung des Absatz 2 im § 152 der R.-G.-O. gerichteter Vorschlag nach eingehender Debatte abgelehnt wurde."

\* **Rheinischer Provinzial-Arbeitgeberverband für das Baugewerbe** nennt sich eine fürzlich gegründete Unternehmertumorganisation, in der sich vorläufig die "Arbeitgeberverbände" von 15 größeren rheinischen Städten vereinigt haben. Als eine der Hauptaufgaben des Verbandes wird bekanntgegeben: Ausarbeitung einheitlicher Entlassungsbedingungen oder Arbeitsbücher, um die Arbeiter zu kontrollieren, ob sie aus Streikraten kommen.

\* **Eine Unverhältnismäßigkeit** wird aus Augsburg gemeldet. Vor dem dortigen Gewerbebericht mußte ein Arbeiter 50 & einzahlen, die ihm beim Austritt aus dem Gewerbe für die Ausstellung eines Zeugnisses abgezogen wurden. Der Vorstehende gab selber Erklärung in nicht mißverständlich Weise Ausdruck und meinte, so etwas habe er in seinem ganzen Leben noch nicht gehört, daß man dem Arbeiter für das Schreiben des Zeugnisses, für die Abmeldung bei der Rentenkasse etc. 50 & abzieht.

### Polizei und Gerichte.

\* **Streikpoststellen** ist verboten — **Streikpoststellen** ist doch verboten. Auf diesem Gebiete kann man noch viel erleben. Um den Strei-

lenben die Kontrolle der Bauten zu unmöglich zu machen werden die kuriösesten Mittel angewendet. Die **Wessauer** Maurer haben über den in der Weißgasse belegenen Bau des Unternehmers Baumgartner die Sperrre verhängt. Gegenüber dem Neubau befindet sich, wie wir der "Breslau Polizeiwacht" entnehmen, die Zigarettenhandlung des Herrn Werner, zu dessen Kundenschaft auch der Maurer Felix Scherderwahn rechnet. Dieser kam am Montag Vormittag in die Nähe des Neubaus, um sich von Werner Zigaretten zu holen. Er hielt sich dort plaudernd längere Zeit auf und wurde, als er den Laden verließ, von einem Schuhmann fortgewiesen. Der Schuhmann weigerte sich auch, ihm seine Nummer zu nennen und forderte ihn nur wiederhol auf weiter zu gehen. Doch damit nicht genug. Am Nachmittag wurde der **Zigarettenhändler Werner** auf das

**Breslau, W.** Nein, so freundlich sind wir nicht. Einen Sterbefall vom 16. Oktober verdecklichten wir in der Schedlerstraße nicht erst am 7. November. Sie besitzen die Karte übrigens vom 18. Oktober. Die Post läßt Ihre Reise ab aber nicht gelten. Der Aufgabestempel zeigt den 1. November. **Ansbach, Sch.** Die Post, betreibend "Grundstein"-Sendung, gilt nicht für Ansbach. Uebrigens haben Sie das letzte Mal ein Paket bekommen, und die Ueberförderung geht langsam von statthaft als die Ueberförderung von Kreuzbandsendungen. Hoffentlich haben Sie die Zeilungen noch rechtzeitig erhalten.

**Brake, S.** Ihre Versammlungsangabe für Mittwoch den 4. November, habe für diese Nummer natürlich keinen Zweck.

## Streikabrednungen.

### Zweigverein Güstrow. Einnahme.

Aus der Hauptklasse .....	M. 175,-
Von den örtlichen Einnahmen der Hauptklasse verwendet .....	24,77
Aus der Rosstasse des Zweigvereins .....	15,73
Summa .....	M. 215,50
Ausgabe.	

Für Streikunterstützung ..... M. 203,95  
Reiseunterstützung an abgereiste Streikende ..... 5,40  
Fortbildung Jugendarbeiter ..... 4,80  
Posto und Schreibmaterial ..... 1,86  
Summa ..... M. 215,50

**Güstrow**, den 30. März 1903.

Für die Nächste der vorstehenden Abrechnung:

Karl Anger. Karl Wöhrlisch. Emil Wiese.  
Für die Revisoren:  
Karl Menig. H. Stellmacher.

### Zweigverein Cassel (Maurarbeiterstreik). Einnahme.

Aus der Hauptklasse .....	M. 4800,-
Von den örtlichen Einnahmen der Hauptklasse verwendet .....	2850,-
Summa .....	M. 7350,-

Ausgabe.

Für Streikunterstützung .....	M. 6859,80
Reiseunterstützung an abgereiste Streikende .....	408,80
Flugblätter und Annonsen .....	17,-
Posto und Schreibmaterial .....	12,19
sonstige Ausgaben .....	15,-
Au die Hauptstasse zurückgesandt .....	87,61
Summa .....	M. 7350,-

**Cassel**, den 25. Mai 1903.

Für die Nächste der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren: Georg Thöne.  
Für die Streikleitung:  
O. Voigt. A. Steinröder. B. Höhmann.

### Zweigverein Elbing. Einnahme.

Aus der Hauptklasse .....	M. 716,-
Von den örtlichen Einnahmen der Hauptklasse verwendet .....	54,88
Summa .....	M. 770,88

Ausgabe.

Für Streikunterstützung .....	M. 608,65
Reiseunterstützung an abgereiste Streikende .....	85,80
Fortbildung Jugendarbeiter .....	11,35
Verhältnis der Juages .....	57,70
Posto und Schreibmaterial .....	7,48
Summa .....	M. 770,88

**Elbing**, den 3. August 1903.

Für die Nächste der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren: Heinrich Rost. G. Timm. F. Sachse.  
Für die Streikleitung:  
Paul Ludwig. F. Kriese.

### Zweigverein Elbing. Einnahme.

Aus der Hauptklasse .....	M. 716,-
Von den örtlichen Einnahmen der Hauptklasse verwendet .....	54,88
Summa .....	M. 770,88

Für Streikunterstützung .....

Reiseunterstützung an abgereiste Streikende .....

Posto und Schreibmaterial .....

Summa .....

**Elbing**, den 3. August 1903.

Für die Nächste der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren: Heinrich Rost. G. Timm. F. Sachse.  
Für die Streikleitung:  
Paul Ludwig. F. Kriese.

## Centralverband der Maurer. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

### Für Mitglieder,

#### die im Herbst nach Hanse reisen.

Diejenigen Mitglieder, die mit Beginn des Winters den Ort, wo sie in Arbeit stehen, verlassen und an einem Ort ihren Aufenthalt nehmen, wo ein Zweigverein nicht besteht, machen wir darauf aufmerksam, daß ihnen, wenn sie beim Verbandsvorstand anmelden, der "Grundstein" von hier aus zugestellt wird. Bei der Anmeldung ist das Mitgliedsbuch mit einzufinden, auch muß der Beitrag für dieses Jahr voll bezahlt sein.

Wollen die Kollegen aber lieber mit dem Zweigverein, dem sie bisher als Mitglied angehört haben, in persönlichem Verkehr bleiben, und sich von dort aus dem "Grundstein" zu stellen lassen, dann sieht dem nichts im Wege.

Die Zweigvereinsvorstände werden ersucht, die Mitglieder auf obiges aufmerksam zu machen.

Zu gleicher Zeit ersuchen wir die Zweigvereinsvorstände, daß, wenn Mitglieder abreisen und den "Grundstein" von dem Zweigverein nicht beziehen, nicht zu ergehen, auch die entsprechende Zahl Exemplare des "Grundstein" abzuholen.

### Reiseunterstützung.

wird vom 1. Dezember an gezahlt. Alle Zweigvereine, die auf Grund des § 14 des Statuts Reiseunterstützung aus-

### Briefkasten.

\* Die Nr. 47 des "Grundstein" muß des Wochentages wegen schon am Dienstag früh gedruckt werden. Die Verwaltungen der Zweigvereine bewilligen. Zahlstellen werden daher gebeten, notwendige Bekanntmachungen so früh abzufinden, daß sie spätestens am Montag Abend 7 Uhr in unsere Hände gelangen.

goben müssen, haben Kollegen zu bestimmen, welche die Unterstüzung auszahlt. Am besten ist es, wenn der Kassierer damit betraut wird. Der Name des Auszahlers und Zeit sowie Ort der Auszahlung sind dem Verbandsvorstand mitzuteilen, damit dieser zureisenden Kollegen Auskunft geben kann.

Reiseunterstützung wird nicht gezahlt in Zweigvereinen, welche:

- a) sich in Orten mit weniger als 2500 Einwohnern befinden, und
- b) am Schluß des dritten Quartals weniger als 20 Mitglieder zählen oder noch kein ganzes Jahr bestanden haben.

Unterstützung kann laut Statut nur gezahlt werden an Mitglieder, die dem Verbande wenigstens ein Jahr angehört haben oder innerhalb vier Wochen nach beendetem Lehrzeit beigetreten sind, wenn sie sich im Besitz einer vom Verbandsvorstande aufgestellten Legitimationskarte befinden.

Reiselegitimationskarten stellt nur der Verbandsvorstand vom 25. November an aus. Mitglieder, welche eine Karte wünschen, haben ihr Mitgliedsbuch, sowie 20 S in Briefmarken für Zurücksendung des Buches und Auswendung der Legitimationskarte zu eingezahlen. Junggesellen haben außerdem eine Bescheinigung einzusenden, aus der hervorgeht, daß sie innerhalb vier Wochen nach beendetem Lehrzeit dem Verbande beigetreten sind.

Als solche Ausweispapiere genügen ein Lehrbrief oder eine sonstige Bescheinigung des Lehrmeisters über die beendete Lehrzeit. Wenn an dem Orte, wo ein Kollege ausgelernt hat, ein Zweigverein besteht, dann genügt auch eine Bescheinigung des betreffenden Zweigvereinsvorstandes.

Der Verbandsbeitrag muß für dieses Jahr voll bezahlt sein.

Mitglieder, die im Laufe dieses Jahres vorübergehend im Auslande waren, erhalten nur dann eine Reiselegitimationskarte ausgestellt, wenn sie:

- a) dem Verbande zusammen ein Jahr angehört und sich vor der Abreise nach dem Auslande abgemeldet haben;
- b) auch Mitglied der Mauterorganisation des Auslandes waren und eine Unterbrechung in der Zugehörigkeit zur Organisation nicht eingetreten ist;
- c) sich innerhalb vier Wochen nach ihrer Rückkehr aus dem Auslande angemeldet haben.

Ausländer erhalten ebenfalls erst Reiseunterstützung nach einjähriger Kartenzeit; auch dann, wenn sie in ihrem Heimatlande schon länger als ein Jahr organisiert waren.

Ausgenommen hiervon sind Mitglieder des österreichischen Bauarbeiterverbandes, wenn sie ununterbrochen ein Jahr organisiert sind und sich im Besitz einer von uns aufgestellten Legitimationskarte befinden.

Vom Verbandsvorstande bestätigt sind die neu gewählten Vorstandsmitglieder der Zweigvereine Bünzberg i. d. N., Hilden, Hannover, Pirmasens u. Rheinberg.

#### Als verloren gemeldet

sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Claus Hesch - Ichholz (Buch-Nr. 79 797), Hermann Kunze - Kropstädt (82 076), Ernst Richter - Hintersee (78 889), Max Hüller - Dresden (184 098), Wilhelm Schulz - Neu-Langsdorf (90 122), Fritz Wiesehöfer - Berlin (10 477), Otto Eize - Delitzsch (117 824), Adolf Schieferdecker - Sena (181 272).

#### Ausgeschlossen

sind auf Grund § 36 b des Statuts vom Zweigverein Kalbe: Chr. Nordt (Buch-Nr. 58 014), Willi Albrecht (57 658); Berlin-Tegel: Albert Wöhle (43 854); Berlin: Ritz. Müller (71 08), Franz Röller (70 52); Jchnitz: Johann Tomisch (79 819), Otto Starke (79 244); Hermann Hennig (79 345), Otto Weiske (79 351), Richard Kittler (79 388), Paul Dingler (79 341); Schongau: Adolf Spener (106 41).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

#### Angefordert,

Ihren Verpflichtungen nachkommen, werden vom Zweigverein Werdaburg: D. Schröder (Buch-Nr. 84 210), Mitchellsen (78 870), Gerken (87 557), Jäum (84 793), Trapp (84 980), Hering (87 708), O. Schröder (150 618); Barwien-Eberfeld: Paul Zimmermann (81 988); Schmalzalben: Gustav Baier (111 042).

Kollegen, denen der Aufenthaltsort der Genannten bekannt ist, werden erucht, uns umgehend Mitteilung machen zu wollen.

Der Verbandsvorstand.

#### Abschreibungen für das 3. Quartal

wurden vom 26. Oktober bis 8. November aus folgenden Zweigvereinen eingefordert: Alsfeld, Borsigleben, Bedum, Belger, Biebau, Boizenburg, Borbeck, Brandenburg, Bries, Bützendorf, Goldbör, Cönnern, Gröbzig, Giebichen, Frankenberg, Gießen, Göttingen, Großenhain, Großwig, Gr. - Siegen, Gülow, Hohenlebe, Hennigsdorf, Herford, Hintersee, Königswig i. d. N., Langenlebe, Lombricht, Lenzsen, Niederohe, Lübb i. P., Magdeburg, Marburg, Meiersdorf, Meinersberg, Mühlberg i. Th., Mühlendorf, Naumburg, Neuruppin, Nowames, Oberhausen, Orlaientburg, Osterode i. Pr., Pirmasens, Pößle, Rathenow,

Rheinberg, Rheydt, Riesa, Ronneburg, Schwerin a. d. B., Seddin, Seelberg, Sommerda, Stadtilm, Strelic, Striegau, Stuttgart, Trautenberg, Trebbich, Trenn, Trier, Witten, Wölfe in Pommeri, Würzburg, Zahna, Zeulenroda, Zollendorf. Aus den Gauen Görlitz, Dortmund, Dresden, Görlitz, Oberhöfchen sind die Abrechnungen für das Quartal alle hier.

In der Zeit vom 27. Oktober bis 2. November 1908 sind folgende Beiträge bei der Hauptfasse eingegangen:

#### Gauklasse.

Bon den Zweigvereinen in Leipzig M. 8000, Magdeburg u. Umgegend 5977,03, Hamburg u. Umgegend 8600, Bremen haben 1600, Oranienburg 449,40, Gifhorn-Blatlow 439,88, Börde i. B. 161, Gifhorn i. Bomm. 141,84, Seddin 116,18, Bützendorf 109,62, Belsen 92,08, Schwerin a. d. Wartze 89,76, Forchheim 48,24, Hedersebör 80, Großwig 86,98, Lieberose 20, Langenlebe 218,40, Gr. - Siegen 194,20, Striegau 114,04, Ronneburg 90,88, Friedeburg i. d. Neumark 80,80, Lübb i. Bomm. 77, Königsberg i. d. Neumark 53,08, Minden i. B. 442,84, Oberhöfchen 81b, 244,82, Straßburg i. Th. 165,28, Goldbör 115,08, Gröbzig 112,32, Gießen 101,80, Kirchwärder 99, Würzburg 50, Lenzen 49,12, Marburg a. d. Lahm 16,80, Alsfeld 8,88, Trebbich 337,81, Riesa 17,04, Beurenrode 16,88, Böllig 449,82, Blumen a. d. L. 152,56, Hennigsdorf 151,02, Stadt-Alt. 21,60, Rosenthal 19,60, Breden 5,11, Gommern 915, Cottbus 160,40, Trenn 16,38, Wiesenburg 9,80, Segeberg 114,67, Alt-Schleiß 69,82, Cönnern 46,56, Nowames 240,80, Frankenbergs i. S. 46,68, Lehnitz 400, Pößnitz 200, Markgräflerland 200, Neuhardenberg 100, Altdörfel 53,50, Erfurt 200, Halberstadt 800, Flensburg 200, Görlitz 108,84, Hannover u. Umgegend 1750, Quedlinburg 200, Schlebusch 100, Preß 88,50, Königsberg i. Pr. 1200, Minden 800, Stuttgart 200, Horst i. B. 200, Jena 100, Gotha 100, Waldenburg 100, Witten 95, Schadenleben 302,68, Rheinberg 203,70, Crumstadt 38,16, Rothenheim i. B. 50, Vahren 31,60.

#### Für Protokolle vom 7. Verbandsitag in Berlin.

Magdeburg und Umgegend M. 62, Börde 8, Biebau 2, Nienhennendorf 3, Chemnitz 32, Königsberg i. d. Neumark 3, Gießen 2, Trebbich 12, Riesa 8, Winzen a. d. L. 2, Alt-Strelitz 2, Cönnern 2,80, Düben 4.

#### Für Protokolle vom 2. Bauarbeiterkongress.

Magdeburg und Umgegend M. 20, Chemnitz 20, Gießen 1, Trebbich 10, Riesa -40, Cönnern -80, Düben -40.

#### Für Güterale.

Magdeburg und Umgegend M. 50, Gifhorn-Blatlow 1,50, Schwerin a. d. Wartze 10, Forchheim 2, Altdörfel -50, Chemnitz 5, Langenlebe 2,20, Oranienburg 5, Oberhausen, Rheinland 5, Goldbör 4, Kirchwärder 1, Trebbich 5, Alt-Strelitz -50, Cönnern 1,50, Schadenleben 2, Jena 6,20, Walbenburg 5.

#### Für Broschüre „Das Mauerergewerbe in der Statistik“.

Biebau 4,1, Gießen 2,50, Berlin-u. Umgegend 842,50.

#### Für Broschüre „Schulklapset und Minimallohn“.

Rheinberg M. -50.

#### Berichtigung.

Statt der in Nr. 42 unter Delmenhorst für die Hauptfasse quittierten M. 1000, muß es richtig heißen: M. 1000,45 und in Nr. 44 muß es statt Thalheim richtig heißen: Gelenau M. 17,-.

Die Zweigvereins-Kassierer rcp. Einander von Geldern werden erucht, auf den Vorschlagsmitglieder genau anzugeben, wofür das eingehende Geld bestimmt ist.

Alle Gelder für die Hauptfasse sind nur an J. Köster zu adressieren. Wenn dies nicht beachtet wird, kann es vorkommen, daß das Geld wieder zurückgegeben muss.

Hamburg, den 2. November 1908.

J. Köster, Hamburg 6, Brennerstr. 11.

#### Centralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit)

In der Woche vom 26. bis 31. Oktober sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Breslau M. 200, Trebbich 200, Böllig (Pommern) 200, Gr. - Siegen 170, Neidenhof 150, Lüdenshain 150, Rödert 150, Deinrichs 120, Halle 100, Elberfeld 100, Röhlisch 100, Saarmund 100, Uelzen 80, Kreuzen 75, Wehr 60, Böllig 60, Ebergötzen 54, Herzberg 50, Schleißgau 40, Summa M. 2259.

Zusätzlich erhalten: Eggersdorf M. 150, Otterberg 120, Liebenau 100, Geithaus 75, Hohenwach 70, Waldbör 60, Lohndhausen 50, Niederhöfchen 50, Summa M. 675.

Altona, den 31. Oktober 1908.

Karl Weiß, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

#### Anzeigen.

#### Planen 1. Vogtl.

Das Bureau befindet sich von jetzt ab im Gewerbehof, Schillergarten. Die Kollegen Fr. Förster, Schreiberstr. 28, sowie Ritz. Bieblöck, im Gewerbehofhaus, nehmen zu jeder Zeit Anmeldungen und Beiträge entgegen.

Bureauaufnahmen: Dienstag und Sonnabend von 6-9 Uhr

Abends, Sonnabend von 8-12 Uhr Dienstag.

NB. Wir bitten, uns den Aufenthaltsort des Kollegen Max Weigel, der vor kurzem von hier nach Gera abgereist ist, mitzuteilen. [M. 3,60] Die Verwaltung.

Der Maurer Hermann Claussen, geb. am 17. Mai 1885 zu Riel, wird geben, seinen Eltern Nachricht über seinen Aufenthaltsort zu geben. [M. 1,20]

Nicht-LV. L. Claussen, Schlosser, Wilscherstr. 48.

#### Sterbetafel.

Unter dieser Rubrik berichten wir alle Totfälle der Verbände, Mitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Zeile kostet 15 Pf.

Berlin. Am 29. Oktober starb nach langer Krankheit unter treuer Begleitung der Buder. Unter 47 Jahren.

Berlin. (Sektion der Buder.) Am 26. Oktober verstarb unser Mitglied Karl Grätz im Alter von 65 Jahren an Krebs.

Braunschweig. Dienstag, den 27. Oktober, starb nach langem, schwerem Leid unter Verbandskollege, der Maurer Christian Ehlers, im Alter von 44 Jahren an Lungenschwundlucht.

Burglaue. Am 26. Oktober starb unser treuer Verbandskollege Johann Rock den Tod durch Erkrankung im Alter von 88 Jahren.

Cöln a. Rh. Am Freitag, den 30. Oktober, verstarb infolge Verblutung unser Kollege F. Kindermann im Alter von 26 Jahren.

Dresden. Am 28. Oktober starb unser Kollege Ernst Fichts, im Krankenhaus zu Neustadt i. S. infolge eines Baumfalles an der Lungengelenksaffektion in Höhle.

Hannover. Am 29. Oktober starb unser Verbandskollege Karl Mevers an Lungenerleiden im Alter von 49 Jahren.

M. Schneiders. Am Montag, den 26. Oktober, verstarb nach langem Leid unser Verbandskollege Wilhelm Hübler im Alter von 26 Jahren an Kopfschleiden.

#### Ehre ihrem Andenken!

#### Sterbegeld

ist in der Zeit vom 25. bis 31. Oktober bezahlt worden für nachstehend verzeichnete Mitglieder reihen Frauen:

Heinrich Peter-Wiesbaden (Frau), Buch-Nr. 59 801; Hermann Kaufmann-Halberstadt, 76 629; Heinr. Winter-Breslau, 16 624; Wilhelm Hafer-Mitsum, 60 988; Karl Grätz-Berlin, 101; Konrad Dunzel-Düsseldorf, 65 268; Gustav Wagner-Glauchau (Frau), 71 622; Heinrich Adermann-Ellrich (Frau), 66 682; Ernst Hesse-Magdeburg (Frau), 42 848; Erich Dräger-Zehdenick, 109 290; Robert Kriewitz-Sittensen (Frau), 46 129.

Die Anweisung zur Auszahlung des Sterbegeldes erfolgt nur nach Einsendung der Mitgliedsbücher des betreffenden Mitgliedes und der Sterbekunde desselben resp. seiner Ehefrau sowie nach Angabe des Alters und derodesurkunde des oder der Verstorbenen. Beim Sterbedokument des Mitgliedes ist auch mitzuteilen, wer Anspruch auf Sterbegeld erhebt.

Der Maurer Heinrich Sur aus Harburg wird gebeten, seine letzte Urtheil seinen Eltern zu kommen zu lassen. [M. 0,60]

#### Ketzin.

Der Zweigverein feiert am 14. November, Abends 7½ Uhr, im Klemm'schen Lokal sein

#### 7. Stiftungsfest.

Alle Mitglieder von Ketzin und umliegenden Ortschaften sind hiermit freundlich eingeladen. [M. 2,70]

Der Zweigvereinsvorstand.

Woldenberg 1. d. N.-M.

Der Zweigverein feiert am Sonnabend, 14. November, im Lokal des Herrn Sohnenauer sein [M. 2,70]

#### 3. Stiftungsfest.

Alle Mitglieder von Woldenberg und Umgegend sind hiermit freundlich eingeladen. Der Zweigvereinsvorstand.

#### Persammlungs-Anzeiger.

Unter dieser Rubrik werden alle Veröffentlichungen der dem Gründungstage der jeweiligen Mutter-Blätter folgenden Woche bekannt gemacht. Die Anzeigen müssen für jede Versammlung besonders eingefügt werden und bis spätestens am Dienstagmorgen 8 Uhr in unseren Händen sein.

#### Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonnabend, 7. November.

Schönlanke, sonntäglich erscheint der Mitglieder kringend notwendig.

#### Sonntag, 8. November.

Döllitz, Nachmittags 3 Uhr im „Döllitzhof“. Das Eröffnen aller Blätter ist dringend notwendig.

Dreisig, Nachmittags 3 Uhr. Das Eröffnen aller Kollegen ist notwendig.

Frankenhause (Kyff.). Nachmittags 4 Uhr im „Gardesegger“. [Zementierter.]

Hamburg. Nachmittags 11½ Uhr bei Böhlholz, Riedenstr. 19. Alle Kollegen sind eingeladen.

Hochzeitss. Nachmittags 3 Uhr im Breitnholz. Alle Kollegen müssen erscheinen. Ein Referent ist anwesend.

#### Donnerstag, 10. November.

Liegnitz, schenken wird gebeten.

#### Sonnabend, 14. November.

Moskau. Abends 1½ Uhr. Tagesschreibung wichtig.

St. Johann. Im „Kaisersaal“, Hohenstr. 9. Das Eröffnen sämtlicher Blätter ist dringend erwünscht.

#### Sonntag, 15. November.

Jessen. Nachmittags 3 Uhr in der Wohnung des Kollegen Wilhelm Klob.

Schönenkirchen 400. Böhlholz. Zahlreiche Blätter notwendig.

Ohlau. Mitglieder werden um pünktliches Eröffnen erachtet.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co.

in Hamburg.